

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pro Nummer:
Einzelnummer 20 Pf. monatlich 1.10 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Dienstag, den 29. Februar 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fortgang der heftigen Kämpfe bei Verdun.

Der Kern der Steuerfrage.

Wir haben nicht die Absicht, die Anpassungen des
Genossen Cunow zu beantworten, der es nicht unterlassen
kann, uns der Entstellungen, Verdrehungen und sonstiger
Frevel anzuliegen.

Wir vertreten den Standpunkt, daß einstweilen unser
sozialdemokratisches Programm noch besteht und die Partei
keinen Anlaß hat, in der Steuerfrage davon abzuweichen.

Cunow warnt: übermäßige direkte Steuern können zur
Hemmung der Kapitalneubildung führen; deshalb begibt er
sich auf die Suche nach neuen Einnahmequellen und empfiehlt
uns das Eintreten für ein Kohlenhandelsmonopol, trotzdem
er nicht bestritten kann, daß das eine ähnliche Wirkung haben
müßte, wie eine Kohlensteuer, also eine indirekte Steuer auf
eines der notwendigsten Produkte.

Nun bestritten wir keinesfalls, daß die übermäßige Er-
höhung direkter Steuern in diesem Sinne wirken kann. Wir
behaupten jedoch mehr: jede Ueberlastung mit Steuern, wie
immer sie beschaffen ist, jede übergroße Entnahme von
Werten aus dem Produkt der gesellschaftlichen Arbeit zur Be-
freiung unproduktiver Ausgaben, muß auf diese oder jene
Weise die wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Es gibt kein
Mittel, die unproduktiven Ausgaben ins Ungemessene zu
steigern. Die Geschichte kennt der Beispiele genug, daß die
Verwendung von Geld und Gut durch Kriege die
wirtschaftliche Lebenskraft der Völker vernichtete, oder doch ihre
wirtschaftliche Entwicklung für Generationen zurückgeworfen
hat. Staatsbankrott, wirtschaftlicher Zusammenbruch und
kultureller Niedergang sind die Folgen.

Daß der gegenwärtige Krieg, wenn er noch lange dauert,
die europäischen Völker mit solchen Folgen bedroht, wird selbst
von den Vertretern der bürgerlichen Parteien und der Regie-
rung betont.

In dieser Situation wird die Steuerfrage bitterer.
Aber, daß es mit der Beschaffung neuer Steuern nicht getan
ist, daß nach diesem Aderlaß, auch wenn das bittere Ende
vermieden wird, die Völker sich nicht wirtschaftlich erholen
können, wenn nicht tiefgreifende Reformen der sozialen Zu-
stände durchgeführt werden, scheint unabweisbar. Träger
dieser Reformen kann, wie die sozialen und politischen Zu-
stände sind, einzig und allein die Arbeiterklasse sein.

Die Steuerfrage muß also in die allgemeinen Reformen
einrangiert werden. Mit dem Aufkleistern eines Pfälsterchens
hier und eines Pfälsterchens dort ist es nicht getan, erst recht
nicht mit dem Hinausschrauben bestehender und der Einführung
neuer Steuern. Wenn man uns da den Rat gibt, unsere
programmatischen Forderungen aufzugeben, nur, damit unsere
parlamentarischen Vertreter bei der Steuermacherei der
bürgerlichen Parteien „praktische Mitarbeit“ leisten können,
so lehnen wir das ab.

Cunow beruft sich auf Autoritäten und glaubt boshaft
zu sein, wenn er meint, wir würden vielleicht Friedrich
Engels nicht mehr für kompetent halten, weil auch dieser
„nationalistischen Anschauungen verdächtig“ ist. Er irrt.
Der Engels, der das kommunistische Manifest verfaßte,
der stets für die klare proletarische Taktik eintrat, scheint uns
ein guter Berater allerweil; den Engels, den sich die Um-
lerner zusammenschleichen, für die Vieren-August-Politik um-
gemodelt haben, den lehnen wir freilich ab. Cunow zitiert
nun Engels, als ob dieser geringfügig über die Steuer-
forderung im sozialdemokratischen Programm gebacht, als ob
er diese Forderung als veraltet über Bord geworfen habe.
Das ist falsch. Zitieren wir nach guter alter Sitte im Zu-
sammenhang. Es handelt sich um den bekannten Artikel von
Engels, in dem er das 1895 von den französischen Ge-
nossen ausgearbeitete Agrarprogramm, mit dem sie hofften,
die Bauern für sich zu gewinnen, als opportunistisch und
passivistisch verwarf. Der auf die Steuern bezügliche Passus
lautet:

Ferner: Erlass aller bestehenden indirekten und direkten
Steuern durch eine einzige progressive Steuer auf alle Einkommen
von mehr als 3000 Franken. — Eine ähnliche Forderung findet
sich seit Jahren in fast jedem sozialdemokratischen Programm.
Daß sie aber speziell im Interesse der Klein-
bauern aufgestellt wird, ist neu und beweist

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
28. Februar 1916. (W. L. D.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artilleriekämpfe erreichten vielfach große Heftig-
keit. An der Front nördlich von Arras herrscht fort-
gesetzt lebhafteste Minentätigkeit; wir zerstörten durch
Sprengung etwa 40 Meter der feindlichen Stellung.

In der Champagne schritten nach wirksamer Feuer-
vorbereitung unsere Truppen zum Angriff beiderseits der
Straße Comme-Py-Sonain. Sie eroberten das Gehöft
Navarin und beiderseits davon die französische Stellung
in einer Ausdehnung von über 1600 Meter, machten
26 Offiziere und 1009 Mann zu Gefangenen und er-
beuteten 9 Maschinengewehre und einen Mineurwerfer.

Im Gebiet von Verdun erschöpften sich wiederum neu
herangeführte feindliche Massen in vergeblichen Angriffs-
versuchen gegen unsere Stellungen in und bei der Feste
Donaumont sowie auf dem Hardeumont.

Unsererseits wurde die Maasthalbinsel von
Champagneville vom Feinde gesäubert. Wir
schoben unsere Linien in Richtung auf Vacheranville und
Gros weiter vor. In der Woivre wurde der Fuß der
Cotes Lorraines von Osten her an mehreren Stellen
erreicht.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 28. Februar. (W. L. D.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer und italienischer Kriegsschauplatz.

Nichts von besonderer Bedeutung.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen haben in Durazzo bis jetzt an Wente
eingbracht: 23 Geschütze, darunter sechs Küstengeschütze, 10 000
Gewehre, viel Artilleriemunition, große Verpflegungsvorräte,
17 Segel- und Dampfschiffe.

Allen Anzeichen zufolge ging die Flucht der Italiener auf
ihre Kriegsschiffe in größter Unordnung und Hast vor sich.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Dreeser, Feldmarschallleutnant.

nur, wie wenig man ihre Tragweite berechnet
hat. Nehmen wir England. Dort beträgt das Staatsbudget
90 Millionen Pfund Sterling. Davon werden aufgebracht durch
die Einkommensteuer 18 1/2 bis 14 Millionen, die übrigen
70 Millionen zum kleineren Teil durch Besteuerung von Geschäften
(Post, Telegraph, Stempel), zum weitestem größten Teil aber durch
Anlagen auf die Massenkonsumtion, durch stets wiederholtes
Abzweigen in kleinen, unmerklichen, aber sich zu vielen Millionen
aufsummierenden Beträgen, vom Einkommen aller Einwohner,
vornehmlich aber der Kermeren. Und es ist in der heutigen Ge-
sellschaft kaum möglich, die Staatsausgaben auf andere Weise zu
decken. Gelegt man legt in England alle 90 Millionen den Ein-
kommen von 120 Pfund Sterling — 3000 Fr. und darüber in
progressiver direkter Steuer auf. Die durchschnittliche jähr-
liche Akkumulation, die jährliche Vermehrung des ge-
samten nationalen Reichtums betrug 1865/1875 nach
Giffen 240 Millionen Pfund Sterling. Sagen wir, sie sei jetzt
gleich 300 Millionen jährlich; eine Steuerlast von 90 Millionen
wäre fast ein Drittel der gesamten Akkumulation verzeichnen.
Mit anderen Worten, keine Regierung kann so etwas unternehmen
außer einer sozialistischen; wenn die Sozialisten am Ruder sind,
werden sie Dinge durchzuführen haben, bei denen jene Steuer-
reform nur als eine momentane, ganz unbedeutende Abschlags-
zahlung figuriert, und wobei den Kleinbauern ganz andere Per-
spektiven eröffnet werden.“ (Neue Zeit, Jahrgang 13, Bd. 1.)

Der erste Teil des Artikels, in dem sich dieser Absatz be-
findet, schließt mit dem Satz:

„Nur nach all dem gewaltigen Anlauf der Motivierung
geben und die praktischen Vorschläge des neuen Agrarprogramms
erst recht keinen Anstoß, wie die französische Arbeiterpartei es
fertig bringen will, die Kleinbauern im Besitz eines Parzellen-
eigentums zu erhalten, das nach ihrer eigenen Aussage unersch-
bar dem Untergang geweiht ist.“

Es ist ganz unmöglich, mißzuverstehen, was Engels
sagt. Er staunt, daß man diese Forderung, die sich in
jedem sozialdemokratischen Programm findet, „speziell im
Interesse der Kleinbauern aufstellt“. Er weist nach, daß
keine bürgerliche Regierung sie erfüllen kann, daß eine so-
zialistische Regierung aber anderes und besseres zu tun haben

wird, als das Parzelleneigentum zu erhalten. Es fällt ihm
aber gar nicht ein, die Preisgabe dieser Forderung zu
empfehlen, weil bei ihrer Verwirklichung ein so großer Teil
der Akkumulation „verzehrt“ wird.

In der Tat, es gibt im sozialdemokratischen Programm
so manchen Punkt, den eine bürgerliche Regierung nie und
nimmer erfüllen kann. Aber ein Engels dachte nicht, wie
die Umlerner, die bereit sind, das Programm zu kassieren,
von wegen der „praktischen Mitarbeit“. Deshalb möchten
wir bitten, ihn aus dem Spiel zu lassen.

In der gegebenen Situation ist es eine ganz selbst-
verständliche Forderung der Sozialdemokratie, daß jede Neu-
belastung der arbeitenden Massen zu dem Zwecke, die Kriegs-
schuld zu verzinsen und andere Ausgaben zu decken, die der
Krieg nach sich ziehen muß, zu unterbleiben hat. Dafür
treten wir ein. Cunow glaubt uns niederguschmettern, indem
er die Fragen stellt:

Wenn nach dem Kriege eine Aufbringung der nötigen
Milliarden durch direkte Steuern nach der Ansicht aller, die etwas
von Steuerpolitik verstehen, unmöglich ist, indirekte Steuern aber
die ärmeren Volksschichten zu schwer belasten und Staatsmonopole
zu fiskalischen Zwecken nicht eingeführt werden dürfen, wie sollen
dann die Milliarden aufgebracht werden? Hat der „Vorwärts“
ein Rezept dafür in Bereitschaft?

Hier wird das, was zu beweisen wäre, als bereits be-
wiesen hingestellt, daß nämlich die Aufbringung der nötigen
Milliarden durch direkte Steuern in der gegebenen Situation
nicht möglich ist. Es wäre an Cunow gewesen, diesen
Beweis zu erbringen, er ist ihn aber schuldig geblieben.
Ferner werden fiskalische Monopole als eine Einnahmequelle
hingestellt, bei der die ärmeren Volksschichten nicht belastet
werden. Indessen hat Cunow selbst eingesehen müssen,
daß bei dem von ihm empfohlenen Kohlenhandelsmonopol
eine starke Belastung der gesamten Industrie und der ärmeren
Volksschichten unvermeidlich eintreten muß. Auch dürfte kein
anderes Monopol zu finden sein, das große Einnahmen ab-
wirft, ohne daß Verbrauchsartikel der arbeitenden Massen ver-
teuert werden.

Auf die zweite Frage antworten wir feilenruhig: Nein,
wir haben kein Rezept auf Lager, den Belg zu waschen ohne
ihn nah zu machen. Wir befaßen uns nicht mit sozialer
Quackalberei und wissen keine Universalmittel für die Ge-
brechen des kapitalistischen Staates. Von einem Arzt ver-
langt, er soll die Seuche beseitigen, ohne an den Zuständen,
die diese Seuche mit Notwendigkeit erzeugen, zu rütteln, ist
Unfinn. Ebenso unsinnig ist es aber auch von der Sozial-
demokratie verlangt, sie solle ein Mittel angeben, die
finanziellen Nöte, in die der Krieg den Staat gestürzt hat, zu
heilen, ohne jedoch an den politischen Grundlagen des Staates
irgend etwas zu ändern, ohne an dem kostspieligen Apparat
der Bürokratie, an die Millionenauswendungen zu Rüstungs-
zwecken zu rühren.

Cunow behauptet, wenn wir das sagen, bedeute das
Preisgabe der Arbeiterinteressen. Mit nichts. Indem wir
darauf bestehen, daß die Lasten durch direkte Steuern auf-
gebracht werden, treten wir für die Arbeiterinteressen ein.
Daß die bürgerlichen Parteien dafür nicht zu haben sind, daß
sie mit den abgedroschensten Redensarten — jetzt vielleicht
auch unter Berufung auf Cunow — sich gegen die Er-
höhung der direkten Steuern wenden werden, wissen wir. Die
Entscheidung liegt bei den Volksmassen. Von ihrer politischen
Haltung hängt es ab, ob durchgreifende politische Reformen,
die notwendig sind, um zu einem erträglichen Steuerhystem
zu kommen, nach dem Kriege durchgeführt werden oder nicht.
Von vornherein auf unsere programmatischen Forderungen
verzichten, eine Aushandelspolitik des „kleineren Übels“
empfehlen, das, dünkt uns, bedeutet in diesen wichtigen Kämpfen
der Zukunft, den kürzeren gehen.

Für Cunow freilich ist das Festhalten am sozialdemo-
kratischen Programm ärgerlicher Doktrinarismus, für den er
nur hämischen Spott hat. Er schließt sich als der überlegene
Politiker, der die Sache schon machen wird; durch ein bißchen
Lob und ein bißchen Falschheit wird er die bürgerlichen Par-
teien dahin bringen, auf ihren Vorteil zu verzichten und den
Arbeitern Zugeständnisse zu machen. Die Kraft, die in dem
festen Auftreten der Arbeitermassen liegt, wenn diese klar und
sicher ihre programmatischen Forderungen vertreten, gilt ihm
nichts, scheint ihm kein realer Faktor.

Daran erkenne ich den gelehrten Herrn!
Was ihr nicht taugt, steht euch meilenfern,
Was ihr nicht sagt, das fehlt noch ganz und gar,
Was ihr nicht rechnet, glaubt ihr sei nicht wahr,
Was ihr nicht wägt, hat für euch kein Gewicht,
Was ihr nicht misst, das meint ihr, gelte nicht.

Indessen, die allzuschlaun Rechner, die durch die Ränfte
opportunistischer Politik die großen historischen Konflikte lösen
wollten, haben sich noch immer als Zerstörer erwiesen, und
die Arbeiterbewegung ist, wenn sie diese Taktik befolgte, noch
jedesmal über allzuviel Schlauheit in den Sumpf geraten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 28. Februar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. In der Gegend nördlich von Verdun setzten unsere Truppen die Verstärkung ihrer Stellungen im Laufe der Nacht fort. Keinerlei Veränderung an der Angriffsfront östlich der Maas, wo reichlicher Schneefall eintrat. Man meldet keinerlei neue Angriffsversuche des Feindes auf die Cote Taron noch auf die Cote Poivre. In der Gegend des geistigen Tages wurde ein in der Gegend des Harcourt-Gebirges (östlich von der Cote Poivre) angesehener starker Angriff der Deutschen durch unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer sowie durch unsere Gegenangriffe gebrochen. Ein anderer, nicht minder heftiger Versuch in der Gegend des Harcourt-Gebirges hatte ebensowenig Erfolg. Im Woivre wurde ein unserer Vorposten anbesohlener Rückmarsch ohne die geringste Behinderung seitens des Feindes durchgeführt. Westlich der Maas keinerlei Infanterieunternehmung.

In den Vogesen beruhte der Feind nach Artillerievorbereitung bei Anbruch der Nacht einen starken Angriff auf einer Frontbreite von zwei Kilometern südöstlich von Collet im Blaine-Tal. Der Angriff scheiterte vollständig. Heute morgen erzielte eine Aktion unserer Batterien gegen die Lebensmittellager des Feindes in Stohweiler nördlich von Münster gute Ergebnisse.

Paris, 28. Februar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. Zwischen Colons und Reims Verlöcherungsfeuer auf die feindlichen Werke gegenüber Senzel und Hirsch Tropon. In der Gegend nördlich von Verdun wird nach der Festigkeit der an den vorhergehenden Tagen stattgefundenen Kämpfe ein gewisses Nachlassen der Anstrengungen des Feindes im Laufe des Tages gemeldet außer zwischen der Höhe Douaumont und dem Plateau nördlich des Dorfes Bang, wo ein starker Angriff, der gegen die Stellung unternommen wurde, zurückgeschlagen wurde. Östlich und westlich der Stellung von Douaumont, deren Abhänge mit deutschen Leichen bedeckt sind, unklammern unsere Truppen eng die Teile des Feindes, die dort haben Fuß fassen können und die sich mit Mägen halten. Nach den letzten Nachrichten ist die Cote de Talou ebenso für uns wie für den Feind unhaltbar durch das Feuer der beiden Artillerien und ist von keinem der beiden Gegner besetzt. Im Woivre nahm der Feind Zählung mit unseren Vorposten in der Richtung Wanje und Moranville, wo seine Versuche, gegen Cote 255 sich zu entwickeln, scheiterten. In den Vogesen Artilleriegefecht am Hartmannsweilerkopf. In der Gegend von Senones haben wir eine feindliche Abteilung unter Feuer genommen und zerstört.

Selbiger Bericht: Ruhe auf der ganzen Front.

Die englische Meldung.

London, 28. Februar. (B. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit: In der vorigen Nacht wichen wir einen schwachen Angriff auf unsere Gräben nordwestlich des Kanals von Spenn nach Comines zurück. Bei Gulluch, Spenn und Armentieres war heute auf beiden Seiten die Artillerie tätig.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 28. Februar. (B. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht von Sonntag. Westfront: Lebhaftes Artillerie- und Gewehrfeuer im Abschnitt Riga. Es wird gute Wirkung unserer Artillerie gemeldet. Bei Reede (11,5 Kilometer südöstlich Friedrichstadt) machten unsere Patrouillen einen gut gelungenen Aufklärungsvorstoß. Sie griffen, ohne einen Schuß zu tun, die deutschen Posten an und stachen eine Anzahl nieder. Bei Jlung dauert der hartnäckige Kampf um den Besitz eines Grabens fort.

Kaukasusfront: Im Laufe der letzten Tage verfolgen unsere Kolonnen die Türken kräftig, trotzdem heftiger Schneesturm herrscht und der Schnee den Weiten bis zur Brust geht.

Westfront: Unsere Truppen warfen den Feind aus einer Reihe von Stellungen und besetzten die Stadt Kernanschah.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 28. Februar. (B. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom 27. Februar. Wirksamkeit unserer Artillerie auf den Nachstrahlen des oberen Nizog- und Seebachtals, wo Bewegungen feindlicher Truppen festgestellt worden waren. An der Isonzofront Artilleriekampf, der besonders heftig im Hilscherbeden war. Auf dem Monte Auf (Gebiet von Plava) zerstörte eine unserer Batterien mit wohlgezielten Schüssen feindliche Verschanzungen und zwang die Verteidiger zur Flucht. Geschickliche Handlung unserer Truppen im Gebiet des Montenero und auf dem Karst. Der Feind ließ einige Gefangene in unseren Händen. General Cadorna.

Verhaftung und Wiederfreilassung der Prisenbesatzung der „Westburn“.

Amsterdam, 28. Februar. (B. Z. V.) Wie ein hiesiges Blatt erzählt, meldet die „Times“ aus Teneriffa, daß die deutsche Besatzung des Dampfers „Westburn“, als sie nach Verladung des Schiffes an Land ging, von den spanischen Marinebehörden verhaftet wurde, weil sie den Dampfer in neutralen Gewässern versenkt hätte. Der deutsche Kommandant erklärte, daß das Schiff infolge einer Kesselexplosion gesunken sei.

London, 28. Februar. (B. Z. V.) „Daily Mail“ meldet aus Las Palmas: Der Kommandant und die Prisenbesatzung der „Westburn“ wurden auf Ehrenwort freigelassen.

Die Ueberlebenden der „Maloja“.

London, 27. Februar. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Geretteten der „Maloja“ sind heute abend in London angekommen. Sie erklärten, daß die Explosion sich um 11 Uhr vor-mittags ereignete, als die meisten Passagiere auf Deck waren. Das Schiff begann sofort überzuholen, so daß es unmöglich war, einen Teil der Boote zu benutzen. Die Insassen eines Bootes fielen beim Niederfallen ins Wasser. Es herrschte keine Panik. Verschiedene Personen mußten über Bord springen, da das Schiff binnen zehn Minuten sank. Viele wurden verwundet.

Nach der amtlichen Schiffsliste befanden sich 42 Frauen und 18 Kinder an Bord. Es sollen nach den letzten Berichten insgesamt 41 Personen an Bord gewesen sein; 83 von 214 Ladaren sind ertrunken.

London, 28. Februar. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die P- und D-Linie gibt bekannt, daß nach den bisherigen Berichten 61 von 110 Passagieren, die sich an Bord der „Maloja“ befanden, gerettet worden sind. Die Gesamtzahl der Ge-

retteten ist 260. Man hofft aber, daß im Laufe des vor-mittags noch mehr Namen von Geretteten bekannt würden. Es waren im ganzen 411 Personen an Bord.

London, 28. Februar. (B. Z. V.) Wie die „Times“ melden, wird der Verlust an Menschenleben, die mit der „Maloja“ zugrunde gingen, auf 147 geschätzt.

Ein russischer Dampfer versenkt.

London, 28. Februar. (B. Z. V.) „Moods“ meldet: Der russische Dampfer „Petibanga“, 1647 Tonnen, wurde versenkt. 16 Personen wurden gerettet.

Deutsche Protestnote an Portugal.

Die deutsche Regierung hat aus Anlaß der Beschlagnahme deutscher Handelsschiffe in portugiesischen Häfen eine scharfe Protestnote an die portugiesische Regierung gerichtet, in der das portugiesische Vorgehen als unfreundlicher Schritt bezeichnet und um die Rückgängigmachung der getroffenen Maßnahmen erlucht wird.

Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkte, daß nach dem Sinn und Wortlaut des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages von 1908 eine Requisition von Schiffen nur im Einverständnis mit den deutschen Interessenten hätte in Betracht kommen können.

Amerika und die bewaffneten Handelsschiffe.

New York, 28. Februar. (Funkpruch vom Vertreter vom B. Z. V.) „Associated Press“ meldet aus Washington: Die neuerliche Tätigkeit von Mitgliedern des Hauses der Repräsentanten, die darauf dringen, daß eine Resolution angenommen wird, in der den Amerikanern empfohlen wird, bewaffnete Handelsschiffe nicht zu benutzen, hat bei den Führern der Demokratischen Partei große Beforgnis erregt. Eine Abordnung von Vertretern des Staates Missouri im Kongreß hat den Senator Stone aufgefordert und in der Unterredung darauf bestanden, daß Amerikaner gewarnt werden. Der Abgeordnete Decker erklärte später: „Ich habe Stone gesagt, daß ich für sofortige Annahme einer solchen Resolution bin. Ich fürchte, wir stehen am Rand des Krieges und wir wollten ihn vermeiden, wenn es möglich ist. Kein Demokrat ist mehr als ich bereit, den Präsidenten zu stützen; aber ich glaube, dieser Schritt sollte ohne Rücksicht auf seine Ansichten getan werden.“ Die Berichte über den Besuch der Abordnung aus Missouri haben im Sitzungssaal große Erregung hervorgerufen. Die Repräsentanten kamen in Gruppen in den Vorzimmern zusammen und beratschlagten eingehend über die Lage. Nach der Besprechung der Abordnung aus Missouri mit Senator Stone verlautete, dieser werde sich von dem Willen der Mehrheit im Senate bei seiner Entschließung leiten lassen. Später trat der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses zusammen und entschied sich dahin, sich zunächst über die Stimmung des Hauses bezüglich der erwähnten Resolution zu vergewissern. Der Vorstehende Flood beratschlagte später telephonisch mit Präsident Wilson und versicherte ihm, daß der Ausschuss sich noch nicht entschieden habe, die Annahme der Resolution zu empfehlen, und daß er auch nicht glaube, daß dies geschehen werde.

Keine Zulus gegen Deutsch-Ostafrika.

London, 28. Februar. (B. Z. V.) Im Unterhause fragte Walton an, ob die Regierung in Erwägung ziehen wolle, Zulus und Bahuts für den Kampf in Deutsch-Ostafrika zu verwenden. Tennant erwiderte, die Frage sei erwogen worden, aber die Regierung finde die Verwendung dieser Eingeborenen nicht ausführbar oder wünschenswert.

Zur politischen Lage in Holland.

Von J. J. Ankersmit-Amsterdam.

Selten war in Holland die politische Lage so wichtig wie jetzt. Noch tobt der Weltkrieg rings um das Land herum, noch ist seine Armee genau so zahlreich mobilisiert, als vor anderthalb Jahren, noch droht nach der Ueberzeugung seiner Regierung jeden Tag die Gefahr, daß auch Holland in den Krieg mit hineingezogen wird, noch wächst mit jedem Tag die Schuldenlast zur Zahlung der Kriegsmassnahmen ins Ungeheure, noch nehmen die schrecklichen Weltereignisse die Aufmerksamkeit der Bewohner des Landes zum allergrößten Teil gefangen, — und trotzdem ist der innere politische Kampf in voller Schärfe entbrannt, ist von einem „Bürgerfrieden“ auch nicht die geringste Spur mehr zu sehen und sind politische Probleme auf die Tagesordnung gesetzt, die die Staatsverfassung bis in ihre Grundlagen berühren.

Es mag manchem so vorkommen, als stecke in diesen Verhältnissen ein unüberwindlicher Gegensatz, als wäre es unzerzähllich, mitten im Weltkrieg die inneren politischen Unterschiede so scharf zuzuspitzen. Unsere Partei allerdings ist nicht dieser Meinung, und auch die Regierung vertritt sie auf das Bestimmteste. Von der Beibehaltung des Bürgerfriedens profitieren schon längst nur die konservativen Parteien, und diese sind es auch, die in dem Sektionsbericht der Ersten Kammer über den Staatshaushalt die Regierung wegen ihrer Einreichung wichtiger politischer Gesetzesvorlagen scharf angegriffen haben. Die Antwort der Regierung auf diese Reklamationen ist so deutlich als nur möglich. Sie schreibt in ihrer Antwortenschrift:

„Wenn man von der Eintracht der Nation spricht, kann man damit nichts anderes meinen, als den einträchtigen Willen, alles zu tun, was die Lebensinteressen unseres Landes erfordern sollten. Wo es die Ehre des Vaterlandes gilt, da fühlt man sich einig. Mit der besagten Eintracht der Nation kann man dagegen nicht die Eintracht in inneren politischen Fragen meinen. Denn diese Eintracht, ob diese Fragen besprochen werden oder nicht, besteht nicht. Die Eintracht unseres Volkes ist eben deshalb unsere Kraft, weil sie geföhlt und respektiert wird trotz der politischen Unterschiede, die uns geteilt halten. Sie wird deshalb auch nicht durch öffentliche Besprechungen gefährdet werden. Zwar ist nicht zu verkennen, daß die inneren politischen Verhältnisse eine ungünstige politische Wirkung haben können auf die Kraft, die die Regierung bei der Erfüllung ihrer nationalen Aufgaben zu entwickeln hat. Aber diese ungünstige Einwirkung ist nicht die Folge davon, daß die Regierung politische Fragen auf die Tagesordnung setzt, sondern die Folge der Tatsache, daß es in der inneren Politik Streitfragen gibt, deren Besprechung nicht zu unterdrücken ist.“

Wir meinen, daß man vom fortschrittlichen Standpunkte diese Auffassung nur unterstützen und begreifen kann. Die Sozialdemokratie hat um so mehr Ursache dazu, als die politischen Fragen, die auf die Tagesordnung gestellt sind, für die Arbeiterklasse von allergrößtem Interesse sind, nämlich die Verfassungsrevision zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Umsehung des Altersversicherungs-gesetzes der vorigen kerikalen Regierung in eine prämiellose Alterspensionierung auf Staatskosten. Ueber diese Reformen, die beide ein Ausfluß des den Liberalen bei den Stichwahlen im Jahre 1913 von unserer Partei aufgedrängten Regierungsprogramms sind, hier ein kurzes Wort.

Die von der Regierung eingereichte Verfassungsvorlage bezweckt die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts, die Ermöglichung der Einführung des Frauenwahlrechts, die Einführung der Frauenwahlbarkeit und des Proportionalwahlverfahrens und

die Ermöglichung der Einführung des Abstammungswanges. Alle diese Reformen werden vorgelesen nicht nur für die Wahl des Parlaments, sondern auch für die Provinzial- und Gemeindevertretungen. Dabei wird auch noch die allgemeine Wahlbarkeit für die Erste Kammer vorgeschlagen. Mit dieser Vorlage gibt die Regierung mehr, als wogu der Ausfall der Wahlen vom Jahre 1913 sie verpflichtete. Trotzdem geht die Vorlage unserer Partei nicht weit genug. Namentlich wünschen wir die sofortige Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts, und auf ihrem außerordentlichen Kongreß hat die Partei im vorigen Monat den Beschluß gefaßt, daß für eine Agitation im größten Stil einzuleiten. Den Anfang dazu macht sie mit einer Verfallungskampagne im ganzen Lande in den nächsten beiden Monaten, die ihren vorläufigen Abschluß findet in einem Frauentag. Wenn wir uns auch nicht vorstellen, daß es schwierig sein wird, das Parlament dazu zu bewegen, das allgemeine Frauenwahlrecht jetzt schon in der Verfassung festzulegen, so ist es trotzdem gar nicht unmöglich, daß in dieser Hinsicht mehr erreicht wird, als die Regierung vorschlägt, zum Beispiel das allgemeine Frauenwahlrecht vorerst nur für die Gemeindevertretungen. Gewinnt doch nach der Einbringung der Verfassungsvorlage das Frauenwahlrecht noch an Sympathien. Schon hat sich ein beträchtlicher Teil des Freisinn dafür ausgesprochen und, was wichtiger und interessanter ist, in der katholischen Presse häufen sich die Stimmen, die sich für das Frauenwahlrecht aussprechen. Schon haben verschiedene katholische Zeitungen erklärt, daß prinzipiell vom katholischen Standpunkte aus nichts gegen das Frauenwahlrecht einzuwenden sei, und bei einer Enquete, die das Amsterdamer katholische Tageblatt „De Tijd“ unter bekannten katholischen Frauen veranstaltet hat, hat sich ihre große Mehrzahl dafür ausgesprochen, daß den Frauen das Wahlrecht erteilt wird. Jedoch ist damit noch nicht einmal gesagt, daß die Verfassungsrevision überhaupt nicht gefährdet ist. Es gibt gegen das allgemeine Wahlrecht zweifellos bei den reaktionären kerikalen Parteien einen starken Widerstand, und in der Ersten Kammer bilden diese die Mehrheit, während eine Verfassungsänderung sogar eine Zweidrittelmehrheit erfordert. Es wird also notwendig sein, die reaktionären Elemente davon zu überzeugen, daß die große Masse des Volkes unter allen Umständen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts fordert, und unsere Partei wird selbstverständlich tun, was in ihrem Vermögen ist, um ihnen diese Ueberzeugung beizubringen.

Wie sehr die andere große politische Frage, die auf die Tagesordnung gesetzt ist, die Einführung der prämielosen Staatspensionierung alter Arbeiter, unserer Partei am Herzen liegt, haben ihre Vertreter jüngst in der Kammer gezeigt, als sie dafür eine Ministerliste prozogen. Schon seit 1894 steht die Altersversicherung mit Parlamentsresolutionen und Gesetzesvorlagen auf der Tagesordnung, aber schon seit 1896 hat unsere Partei demgegenüber das Prinzip der prämielosen Staatspensionierung aufgestellt. Im Jahre 1913 gelang es der kerikalen Regierung in ihren letzten Tagen, ein Versicherungsgesetz durchzubringen mit dem ausgeprochenen Zweck, damit die im Lande an Sympathie gewinnende Staatspensionierung unmöglich zu machen. Aber im selben Jahre wurde die kerikale Regierung bei den Wahlen gestürzt, und es gelang uns, von den Liberalen bei den Stichwahlen das Versprechen zu erhalten, das Versicherungsgesetz der kerikalen Regierung un-ausgeführt zu lassen und eine Staatspensionierung durchzubringen. Die neue liberale Regierung löste nun auch dieses Versprechen ein, aber ihr Finanzminister, der Freisinn-Demokrat Treub, ein innerlicher Gegner der Staatspensionierung, suchte durch eine Hintertür die Prämienzahlung trotzdem wiederherzustellen, indem er zur Deckung der Kosten der Staatspensionierung einen Zuschlag zur Einkommensteuer vorschlug, und zwar derart, daß schon Arbeiter mit 60 Gulden Einkommen dazu ein ganzes Prozent ihres Einkommens, also 60 Gulden pro Jahr, zu zahlen hätten. Als nun der Minister auch noch an das Parlament die Anforderung stellte, dieser Steuervorlage unterzuzustimmen, bevor über das Staatspensionierungsgesetz abgestimmt werden sollte, war die Zeit dafür gekommen, diesem Verrat am Wahlsieg von 1913 zuzugreifen, und durch eine von unserem Parteigenossen Schaper vorgeschlagene und von der Mehrheit der Zweiten Kammer angenommene Resolution war Minister Treub zum Rücktritt gezwungen und nahm seine Demission.

Vom „Bürgerfrieden“ hat dies alles sicherlich herzlich wenig, und diejenigen, die — besonders im Ausland, wo die Kontrolle strenger ist — unserer Partei nachsagen, sie habe mittels des Bürgerfriedens den Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie aufgegeben, werden einen schmerzlichen Stand haben, wenn sie dabei beharren wollen, diese Meinung weiter zu verbreiten. Vom Bürgerfrieden zeugt auch gewiß nicht die Energie, womit unsere Partei jetzt die Provinzialwahlen dieses Sommers vorbereitet, die, weil die Provinzialvertretungen die Erste Kammer wählen, zu einem beträchtlichen Teil die Entscheidung darüber bringen werden, ob die Verfassungsrevision und die Staatspensionierung durchkommen. Vom Bürgerfrieden zeugt ebensowenig die ausgeübte Tätigkeit, die jetzt im ganzen Lande die Gewerkschaften entfalten, so daß zum Beispiel allein schon der Zimmererverband in nicht weniger als 84 Gemeinden zu gleicher Zeit Lohnaktionen führt, was für unser kleines Land sehr viel heißen will...

Der Prozeß gegen die Obersten Egli und Wattenwyl.

Zürich, 28. Februar. (B. Z. V.) Die Schweizerische Delegation meldet: Heute morgen begannen die Verhandlungen des Strafprozesses gegen die beiden Obersten des Generalstabes Egli und von Wattenwyl. Das Gericht beschloß, daß die Verhandlungen öffentlich sein sollten. Die Anklageschrift führt in den Hauptpunkten aus: Oberst Egli wird angeklagt, daß er als Unterstabchef der eidgenössischen Armee vom ungefähr Mitte Februar 1915 an die beiden Militärattachés der einen Gruppe der kriegsführenden Mächte, die laut Befehl des Generalstabes nur für eine Reihe ausdrücklich bezeichneter Kommandostellen des eigenen Landes bestimmten, täglich erscheinenden Berichte der Nachrichten-sektion des Armeestabes übermitteln ließ. Oberst Wattenwyl wird angeklagt, daß er die Mitteilung aller Teile des militärischen Bulletin in Abwesenheit des Obersten Egli an den einen der Militärattachés der betreffenden Gruppe der kriegsführenden Mächte verfügte, nachdem dieser bereits seit längerer Zeit einen Teil des Bulletin infolge Anordnung des Obersten Egli erhalten hatte. Beide Obersten werden angeklagt, daß sie fremd-ländische Dokumente, die zwischen ausländischen Amis stellen im Ausland und zwischen solchen in der Schweiz an ihre Regierung gewechselt wurden, von Dr. Langie entziffert und auf irgend eine Weise einem Militärattachés der einen Gruppe der kriegsführenden Mächte zur Kenntnis gebracht haben. Diese Tatsachen qualifizieren sich als vorsätzliche Vermittlung von Nachrichten militärischer Natur zugunsten einer fremden Macht und sind gleichzeitig eine Dienstverletzung in einem wichtigen Fall.

Englands Getreideversorgung.

Berlin, 28. Februar. (B. Z. V.) Von zuständiger Stelle erfahren wir folgendes: Das führende Londoner Fachblatt des Getreidehandels vom 15. Februar 1916 kommentiert das angebliche Eingreifen der englischen Regierung in die Fragen der Brotgetreideversorgung mit wenig optimistischen Worten.

Man dürfe nicht vergessen, daß die Regierung nur die Auffüllung der nationalen Weizen-Reserve (welche bekanntlich sehr stark zurückgegangen ist) beabsichtigt und nicht den regelmäßigen Bedarf des Landes im laufenden Erntejahre zu befriedigen gedenke. Dem privaten Handel bleiben die Last und Verantwortlichkeit, die normalen Ansprüche des Erntejahres durch Einfuhr zu befriedigen. Bei der jetzigen Preisbildung, welche durchschnittlich 70 Schilling per Quarter (zirka 325 M. die Tonne) betrage, den hohen Frachtraten, welche 20 bis 30 Schilling per Quarter ausmachen und angesichts des Weltmarktes durch die heimlichen Käufe von Agenten mächtiger Regierungen, seien diese Aufgaben des freien Handels ungeheuer; sie seien geradezu Machtmittel und Fähigkeiten des Händlers voraus, welche weit über die von ihm zu erwartende Leistungsfähigkeit hinausgingen. Das Blatt kommt zu dem Schluß: „Die Weizenreserve in unseren Häfen ist niedrig geblieben und diejenigen, welche mit der Aufrechterhaltung unserer Vorräte vertraut sind, werden jetzt wirklich nervös. Die Lage ist kritisch, und die Pläne der Regierung scheinen nicht imstande zu sein, mit dieser Lage in befriedigender Weise fertig zu werden.“

Reden der Sozialisten in der Duma.

Nach der ausführlichen Wiedergabe der Ministerreden in der Eröffnungs-Sitzung der Duma vom 22. d. M. versetzte ursprünglich der Redestrom der offiziellen Petersburger Telegraphen-Agentur. Man erfuhr nur noch den Inhalt der vom Otkristen Schidlowsky verlesenen Deklaration des „progressiven Blocks“, sonst aber nichts über die Reden der Parteiführer, obwohl bekannt war, daß die Vertreter der einzelnen Parteien, namentlich derjenigen, die dem Block nicht angehören oder nicht völlig mit ihm übereinstimmen, in den ersten Sitzungen der Duma reden sollten. War schon die Einstellung einer ausführlichen Berichterstattung durch die offiziöse russische Telegraphen-Agentur auffällig, so gewinnt ihre Berichterstattung über die Reden der Sozialisten in der Duma direkt einen skandalösen Charakter. Die einzige Meldung, die sie vorläufig verbreitet hat, lautet folgendermaßen:

Petersburg, 26. Februar. (W. L. B.) In der Duma erklärte der Sozialist Surjanow, er persönlich glaube, die Meinung vieler Sozialisten nicht nur des Landes, sondern auch des Auslandes zum Ausdruck zu bringen, daß die Lage und das Interesse des Proletariats aller Länder den Triumph des deutschen Militarismus über fortgeschrittenere Länder Europas nicht zulassen. Der einzige Weg zu diesem Ziele sei die Nationalverteidigung und die Teilnahme des Proletariats an dieser Aufgabe. Dies sei unbedingt erforderlich. Der Sozialist Manjlow forderte die russische Demokratie zum Kampf auf bis zum endgültigen Sieg über den äußeren Feind und die inneren Schwierigkeiten, die den Sieg hindern könnten.

Zu dieser Meldung erhalten wir von dem Genossen Semkowsky in Zürich im Namen des ausländischen Sekretariats des Organisationskomitees der russischen Sozialdemokratie folgendes Telegramm:

„Die Petersburger Telegraphen-Agentur gab die skandalösen Reden Surjanows und Manjlow wieder, verschleierte aber, daß Blechanows Anhänger Surjanow noch vor dem Kriege aus der sozialdemokratischen Dumafraktion ausstieg, während Manjlow von der Fraktion ausgeschlossen wurde. Die Telegraphen-Agentur unterdrückte völlig die offizielle Deklaration der Fraktion, gegen welche augenblicklich die Erklärungen Surjanows und Manjlow sich richteten.“

Ueber den Charakter der offiziellen Deklaration der Fraktion gibt folgendes Telegramm einigen Aufschluß:

Amsterdam, 28. Februar. (W. L. B.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet die „Times“ aus Petersburg, daß der Sozialdemokrat Tschaidze in einer in der Duma gehaltenen Rede in Abrede stellte, daß alle Kriegführenden für die Verteidigung ihres Landes und ihrer Freiheit kämpften. Er stellte sich auf die Seite der Deutschen, die einen Frieden ohne Annexion und ohne Kriegsschädigung wünschten.

Danach steht jedenfalls fest, daß Genosse Tschaidze, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Dumafraktion, sich im Namen der Fraktion gegen die „Befreiungs“-legenden der Regierung und der bürgerlichen Parteien gewandt und einen Frieden ohne Annexion und Kriegsschädigung verlangt hat.

Verurteilungen von Arbeitern.

Nom. 19. Februar 1916. (Fig. Ver.)

Zwei beachtenswerte Urteile sind dieser Tage von dem Militärgericht in Turin gefällt worden. Es handelt sich in beiden Fällen um Arbeiter, die in Betrieben beschäftigt waren, die den Militärbetrieben (Arsenale, Munitionsfabriken usw.) gleichgestellt sind. Im ersten Fall handelt es sich um einen Arbeiter, der als Dreher bei der Automobilfabrik „Spa“ angestellt war. Der Mann litt an Gleichmütigkeit und Leistungsdruck, weshalb er bei dem Komitee für die industrielle Produktion am 13. Dezember um seine Entlassung einkam; am Nachmittag desselben Tages blieb er von der Arbeit fort. Am 14. bewilligte das Komitee die Entlassung, aber die Bewilligung wurde dem Arbeiter erst am 22. zugestellt. Inzwischen, am 18., hatte der inspezierende Offizier den Dreher wegen Verlassung seiner Stelle angezeigt, zu einer Zeit also, als das Entlassungsgesuch bereits bewilligt, dem Arbeiter aber noch nicht zugestellt worden war. Urteil: 6 Monate Gefängnis.

Noch lehrreicher ist der andere Fall, weil es sich hier um einen 18jährigen Arbeiter handelte, dessen Arbeitsleistung also kaum als Äquivalent einer militärischen Dienstleistung angesehen werden kann, da der junge Mann noch nicht militärfähig ist. Der Arbeiter, ein gewisser Mantovaneli, war von Beruf Elektrotechniker. Bei der Fiat war er als Metallarbeiter angestellt, mit 88 Cent. Stundenlohn. Er kam um seine Entlassung ein, mit der Begründung, daß die Arbeit für seine schwächliche Konstitution zu anstrengend sei. Die Firma bestatigte sein Gesuch, das industrielle Mobilmachungskomitee lehnte es ab. Trotzdem blieb Mantovaneli von der Arbeit weg; er wäre krank und könnte die anstrengende Tätigkeit nicht ausüben. In seiner Weigerung verbarre er trotz zweifacher Aufforderung der Karabiniere. In der Folge, als er sich erholt hatte, nahm er Arbeit bei den Ferravie Piemontesi, einer ebenfalls den Militärbetrieben gleichgestellten Fabrik, wo er weniger verdiente als bei der Fiat, aber als elektrotechnischer Arbeiter beschäftigt war. Das Komitee für die industrielle Mobilmachung strengte Klage wegen Verlassens der Arbeit an. Urteil: Zwei Jahre Gefängnis.

Eine sozialistische Friedensrede im amerikanischen Parlament.

Am 18. Januar hielt der vor kurzem gewählte sozialistische Abgeordnete Genosse Meyer in London, der einzige Sozialist im amerikanischen Parlament, seine erste große Rede im Kongress. Der sozialistische Abgeordnete erklärte, daß kein ausländischer Feind Amerika bedrohe, daß die Agitation für die Vergrößerung des Meeres und der Flotte in erster Linie auf die künstliche Stimulierung zurückzuführen sei, die von den privaten Munitionsfabriken herrühre.

„Kommt nicht der Krieg bald zum Abschluß — warnte London — dann werden wir die blutigste und gigantischste Revolution in der Geschichte erleben.“ Er betonte, die Zeit für den Frieden sei gekommen und forderte die Erwägung seiner Resolution, die vom Präsidenten ein Eingreifen zugunsten des internationalen Friedens verlangt. Diese Resolution, deren Wortlaut wir vor kurzem brachten, reichte er am ersten Tage der Session ein.

„Mit den Worten Macaulays — sagte London — kann man auch hier sagen, sie haben Blut geloset, und es schmeckt ihnen. Zweitens ist es aber auch ein schlauer republikanischer Plan, die Demokraten in die Patsche zu setzen, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie Erfolg haben werden. Drittens gibt es alte Weiber beiderlei Geschlechts, die hysterisch geworden sind und endlich ist eine Gruppe imperialistischer Finanziers am Werk, die für die Eroberung der Philippinen und Porto Ricos verantwortlich sind, und die gern ein Meer und eine Flotte sähen, die groß genug wären, daß sie die Vereinigten Staaten in den Stand setzen würden, die Weltpolitik zu beeinflussen.“

„Ich halte es für eine heilige Pflicht — fuhr er fort — im Namen der sozialistischen Bewegung Amerikas und der internationalen sozialistischen Bewegung das Volk der Vereinigten Staaten davor zu warnen, daß Rüstungsbereitschaft, die vorgibt, gegen den Krieg zu rüsten, den Krieg unabwendlich macht. Sie bauen sich hier ein Trugbild auf. Bauen Sie eine stets bereite Armee und Marine und haben Sie dann einen schwachen oder streberlasten Präsidenten, so wird er es so weit treiben, daß ein Krieg untermalisch wird. Furcht, Mißtrauen und Verdächtigungen haben sich in unserer Mitte gebildet, die Unheil bedeuten, wenn ihnen kein Damm gesetzt wird.“

Diese Rede, die eine scharfe Abfage an jede Art von Militarismus und militärischer Rüstungsbereitschaft bedeutet und in der Forderung einer sofortigen Friedensintervention der Vereinigten Staaten gipfelt, fand so viel Beifall und erweckte ein solches Interesse bei dem Kongress, daß die Redezeit des Redners verlängert wurde, damit er, wie das im amerikanischen Parlament üblich ist, die vielen an ihn gerichteten Fragen beantworten konnte.

„Die Gründer des Sozialismus — sagte der Abgeordnete in seinen weiteren Ausführungen — haben schon 1871 diesen Krieg vorausgesehen. Die Sozialisten brauchen sich wegen des Laufes der Geschichte nicht zu entschuldigen. Sie traten dem Kriege immer auf das entschiedenste entgegen, bis sie selbst in seinen Abgrund gestürzt wurden. Sie sagten den Weltbrand voraus und warnten vor ihm. Wir müssen wissen, gegen wen wir zu rüsten haben. Moderne Kriege werden nicht gegen eine einzelne Nation geführt, sondern gegen eine Gruppe von Nationen. Um konsequent zu sein, müßten wir eine Flotte haben, die größer ist, als die Flotten von ganz Europa zusammen, und eine Armee, wie sie die Welt niemals gesehen. Sind wir imstande, eine solche Rüstungskampagne zu beginnen?“

Ueber die Ursachen des Krieges besaß die größte Unkenntnis. Sie sind nichts Neues. Sie sind das Resultat der aufeinanderplagenden wirtschaftlichen Interessen der involvierten Nationen. . . . Aber mit all den wirtschaftlichen Kräften, die in Europa die Tendenz zum Kriege in sich tragen, wäre der Krieg doch unmöglich gewesen, hätten nicht die großen Heere und Flotten bestanden. Jeder konnte auf ein großes Heer, auf eine große Flotte bauen, als unabwiesbaren Nachweis unmittelbarer Gefahr.“

Wie aus den Ausführungen der amerikanischen Presse hervorgeht, hat die Rede unseres Genossen in der gesamten Öffentlichkeit große Beachtung gefunden. In dem Kampfe, den unsere Partei in den Vereinigten Staaten gegen die Kampagne für die „Kriegsbereitschaft“ eingeleitet hat, wird sie sicherlich eine wichtige Etappe bilden.

Politische Uebersicht.

Neue Bundesratsverordnungen.

Der Bundesrat hat den Erlaß einer Verordnung über die Sicherstellung des augenblicklichen Heubedarfs der Heeresverwaltung beschlossen. Dadurch werden die Bundesstaaten nach dem Abschluß des Erntergebnisses des Jahres 1915 verpflichtet, für das Heer insgesamt 250 000 Tonnen Weizenheu zur Verfügung zu stellen, von denen die eine Hälfte bis zum 15. März, die andere bis zum 31. März zu liefern ist. Nötigenfalls sollen die Bestimmungen der Verordnungen über die Höchstpreise als Handhabe dienen, um die einzelnen Besitzer zur Lieferung zu zwingen, soweit sie das Heu nicht unbedingt für den eigenen Bedarf brauchen.

Um die erforderlichen Unterlagen für die Umlegung des späteren Heeresbedarfs an Heu sowie an Stroh auf die einzelnen Gebiete zu schaffen, hat der Bundesrat ferner eine Bestandsaufnahme von Heu und Stroh angeordnet, die in der Zeit vom 12. bis 15. März in allen Gemeinden und Gutsbezirken des Reichs durch besondere Sachverständigen-Kommissionen erfolgen soll. Dabei sollen Bestände an Heu oder Stroh, die 10 Doppelcentner nicht überschreiten, außer Betracht bleiben. Der Herr Reichskanzler ist ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen, damit die Bestandsaufnahme in Bundesstaaten, die vielleicht eine solche unlängst für eigene Zwecke vorgenommen haben, nicht nochmals wiederholt zu werden braucht.

Durch die Verordnung zur Beschränkung des Zuckerverbrauchs bei der Herstellung von Schokoladen in derselben Weise, wie es durch die Süßigkeiten-Verordnung vom 16. Dezember 1915 bereits für die Herstellung von Süßigkeiten geschehen ist, für das Jahr 1916 auf die Hälfte des Zuckerverbrauchs in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 beschränkt.

Das preussische Herrenhaus

hat sich am Sonnabend noch einer ganz kurzen Sitzung, in der einige königl. Verordnungen genehmigt wurden, bis Ende März vertagt. Man rechnet also damit, daß der Etat nicht früher als dem Abgeordnetenhause hinüberkommen wird.

Die Staatshaushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses

Beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit dem Etat der Lotterieverwaltung. Dabei wurde bemängelt, daß die Kollektoren — meistens Offiziere a. D. — zu hohe Einnahmen hätten. Von der Regierung wurde erwidert, die Einnahmen müßten ausreichend sein, weil diese Stellen sonst nicht besetzt werden könnten. — Beim Etat des Abgeordnetenhauses wurde ein fortschrittlicher Antrag, den Mitgliedern des Hauses der Abgeordneten während der Dauer der jedesmaligen Legislaturperiode freie Fahrt auf allen preussischen Staatsbahnen zu gewähren, mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Konserverativen. — Darauf kam der Bauetat zur Beratung. Es wurde über die Notlage der Schifferfamilien Klage geführt. Deren Schiffe liegen hafenlos in den Häfen, können nicht ausgebessert werden und verkommen allmählich. Die Regierung erklärte, daß sie sich dieser Schiffe annähme und kleinere Reparaturen auf Staatskosten vornehmen lasse. — Gefordert wurde ferner der Donau-Rain-Kanal, der eine Kanalisierung des Rhains bis Achaffenburg notwendig macht. Die Regierung erklärte, daß sie sich mit diesem Kanalprojekt noch nicht befaßt habe; in erster Linie gehe es die bayerische Regierung an. — Ueber die Kanalisierung der Lippe erklärte der Minister, daß die Frage noch offen sei, ob ein Seitenkanal von

Wesel bis Datteln oder eine Kanalisierung des Stromlaufes der Lippe selbst erfolgen soll. — Der Ausbau der Rogat-Basserkraft soll erfolgen, wenn sich ergibt, daß der Ausbau zweckmäßig erscheint. Die dann gewonnene Elektrizität soll den umliegenden Kreisen nutzbar gemacht werden. — Ein Gesetzentwurf über die Kanalisierung des Rhains soll in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden. — Schließlich wurde noch Klage geführt, daß Arbeiter, die 70 Jahre sind und Altersrente erhalten, der Lohn von der Verwaltung um den Betrag gekürzt worden ist, den die Altersrente ausmacht. Der Regierungsvorsteher erklärte, diese Anordnung sei dem Minister nicht bekannt, vielmehr habe die Regierung angeordnet, daß ohne Rücksicht auf die Rente jeder Arbeiter die Vergütung erhalten müsse, die seiner Leistungsfähigkeit entspreche.

Junggesellensteuer in Lippe.

Der Landtag des Fürstentums Lippe ist zum 9. März einberufen. Die Regierung hat den Abgeordneten bereits drei Steuerentwürfe vorgelegt. Eine sogenannte Kriegsteuer soll durch Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer erhoben werden. Sie beträgt bei der Einkommensteuer in den Steuerstufen von 900 bis 3100 M. Einkommen 5 Proz., von 3100 bis 20 100 M. 10 Proz., von 20 100 bis 50 100 M. 20 Proz., von 50 100 bis 80 100 M. 33 1/3 Proz., und über 80 100 M. 50 Proz. des Jahresbetrages der veranlagten Steuer. Bei der Vermögenssteuer sollen gleichmäßig 50 Proz. des Jahresbetrages erhoben werden.

Ferner wird vorgeschlagen, die Einkommensteuer bei den Steuerpflichtigen mit mehr als 6000 M. Einkommen etwas zu erhöhen.

Schließlich geht die Regierung auf einen früher vom Landtage gemachten Vorschlag ein: die Junggesellensteuer einzuführen. Bei den jetzigen Anforderungen seien — so führt die Regierung aus — ihre früheren Bedenken dagegen hinfällig geworden. Nach dieser Vorlage soll von ledigen, kinderlosen, verwitweten und geschiedenen Steuerpflichtigen für staatliche Zwecke ein Steuerzuschlag erhoben werden, der in den Einkommensstufen von 500 bis 8100 M. 10 Proz., bei 8100 bis 6000 M. 20 Proz., und bei höherem Einkommen 30 Proz. betragen soll, und zwar vom Jahresbetrage der veranlagten Einkommensteuer. Die gleichen Zuschläge sollen von kinderlosen Eheleuten erhoben werden, wenn sie mehr als 8100 M. Einkommen haben. Der Angehörigen, die unterstützungsbedürftig sind, Unterstützung gewährt, bleibt ausgenommen.

Der badische Landtag

setzte am Schluß seiner Tagung einen parlamentarischen Beirat ein, bestehend aus acht Vertretern der beiden Kammern. Unter den fünf Vertretern der II. Kammer befindet sich der sozialdemokratische Abg. Stöckinger (Pforzheim). Der landständische Ausschuss behielt seine bisherige Zusammensetzung bei. Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion ist Genosse Kold. — Rahezu vollständig beteiligten sich die Genossen am feierlichen Schlußakte.

Wahlrechtsantrag in Braunschweig.

Der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei für das Herzogtum Braunschweig richtet in einer Eingabe an die Landesversammlung des Herzogtums Braunschweig das dringende Ersuchen, die Landesregierung zu veranlassen, möglichst noch in dieser Legislaturperiode der Landesversammlung eine Gesetzesvorlage zu machen,

in der für alle braunschweigischen Staatsbürger und Bürgerinnen, die das 20. Lebensjahr bereits vollendet haben, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Wahlen zum Landtag festgesetzt wird.

Bruch des „Burgfriedens“.

Im Fürstentum Lippe ist ein Landtagsmandat erledigt, das bis jetzt in den Händen der Nationalliberalen war. Ohne nun erst mit dieser Partei eine Verständigung zu suchen, haben die Konserverativen einen eigenen Kandidaten aufgestellt, weshalb sie jetzt von den Nationalliberalen des Bruches des „Burgfriedens“ bezichtigt werden.

Die neuen Schlachtviehpreise.

Im Reichsanzeiger wird eine Ausführungsanweisung der zuständigen preussischen Minister zur Verordnung der Preise für Schlachtvieh und für Schweinefleisch veröffentlicht. Die Bedingungen besagen im wesentlichen: Die Höchstpreise für Schweine sind Erzeugerpreise; sie gelten beim Verkauf durch den Viehhalter (Landwirt oder Wäster) an den Händler oder Fleischer. Die Tiere müssen bei ihrer Verwiegung 12 Stunden futterfrei sein oder bei zur Lage einen Vorförderweg von mindestens 5 Kilometer zurückgelegt haben, wenn für die entsprechende Sorte bei fester Ware der Höchstpreis verlangt werden darf. Der Ankauf von Schlachtvieh beim Viehhalter darf nur nach Lebendgewicht erfolgen. — Die nach früheren Verordnungen vorgeesehenen Preise für Schweinefleisch, Schweinefett usw. bleiben bis zum Inkrafttreten der auf Grund der neuen Verordnung festzusetzenden Höchstpreise bestehen. Bei der Festsetzung neuer Preise sind einerseits die Verkaufspreise in den Bezugsgebieten, die Zuschläge für den Handel und die Interessen des Fleischergewerbes, andererseits aber auch die Interessen der Verbraucher angemessen zu berücksichtigen. Ein angemessener Teil des Fleischpreises ist zu niedrigen Preisen abzugeben und der Ausgleich durch entsprechende Höherbemessung der Preise für die besseren Stücke herbeizuführen. Auf die beschleunigte Durchführung der Preisfestsetzungen ist Wert zu legen. — Die Hauschlachtungen für den eigenen Bedarf des Eigentümers der Schweine dürfen Beschränkungen nicht unterworfen werden.

Der ungarische Reichstag ist einer Meldung des W. L. B. zufolge vertagt worden.

Letzte Nachrichten.

Von der auf eine Mine gelaufenen „Medlenburg“.

Stiffingen, 28. Februar. (W. L. B.) Alle Passagiere und die Besatzung der „Medlenburg“ sind, wie aus Telegrammen an die Seelandlinie hervorgeht, gerettet worden.

Beschlagnahme holländischer Post.

Amsterdam, 28. Februar. (W. L. B.) Die Post für Amerika des Dampfers „Rotterdam“ der Holland-Amerika-Linie wurde in Paimouth ausgehiffet.

Die Stärke der italienischen Streitkräfte von Durazzo.

Lugano, 28. Februar. (T. U.) Die italienischen Kräfte in Durazzo haben zwei Brigaden betragen, während zu einem erfolgreichen Widerstande, wie der „Courriere“ schreibt, mindestens 80 000 Mann erforderlich gewesen wären, die aufzuwenden nicht der Mühe gekostet hätte. Die beiden Brigaden scheinen nach Salona abzugehen, was nach neuen amtlichen Versicherungen absolut gehalten werden soll, und zwar nicht wie Saloniki als Tor zum Balkan, sondern als Fenster auf das Adriatische Meer. Lediglich bildet Albanien gegenwärtig die Hauptfrage der italienischen Regierung und der Ministerratssitzungen, die vorgestern und gestern stattgefunden haben. Auch pflegt Uffad einen lebhaften Meinungsaustausch mit Sonnino und dem früheren Gesandten in Durazzo, Altotti.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Kohleleger besprachen in ihrer Brandenburger Versammlung am Sonntag die gegenwärtigen Lohnverhältnisse. Es wurde ausgeführt, daß von Unternehmenseite kürzlich die Schlichtungskommission zusammenberufen wurde. Augenblicklich zu dem Zweck, um der Lohnsteigerung entgegenzutreten, die sich unter der Einwirkung der Teuerung einerseits und dem Arbeitermangel andererseits naturgemäß vollzieht, aber immer noch weit zurückbleibt hinter der Erhöhung der Lebensmittelpreise. Die Unternehmer erklärten sich schließlich bereit, eine Teuerungszulage zu gewähren, die aber den Stand des Tariflohnes nicht berühren sollte. Demgegenüber vertraten die Arbeiter den Standpunkt: Die Tariflöhne sind Mindestlöhne, jeder Kohleleger und Helfer, der keine Arbeitskraft höher einschätzt, ist berechtigt, einen höheren Lohn zu fordern. Das ist kein Verstoß gegen den Tarif. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es nicht möglich, die Arbeiter von der Forderung eines über den Mindestlohn hinausgehenden Lohnes abzuhalten. Dem einzelnen können in dieser Hinsicht keine Schranken gezogen werden.

Deutsches Reich.

Der Fleischerverband im Jahre 1915.

Der Krieg hat im Fleischergewerbe eine erhebliche Umwälzung hervorgerufen. Tausende Kleinbetriebe sind verschwunden. Soweit sie noch existieren, ist der größte Teil kaum noch lebensfähig. Die Darmbranche, in der die Organisation schon günstige agitatorische Erfolge und selbst Tarifabschlüsse zu verzeichnen hatte, ist fast vollständig lahmgelegt, weil Export und Import ruhen. Andererseits sind zahlreiche Großbetriebe neu entstanden, hauptsächlich Konservefabriken, die Tausenden gelernter und ungelernter Arbeiter sowie Arbeiterinnen Arbeitsgelegenheit bieten.

Dieses neue Gebiet beruflicher Tätigkeit brachte dem Verband neuen Boden für seine Ausbreitung. Durch die vielen Einberufungen war die Mitgliederzahl schon bis Ende 1914 sehr stark gestiegen. Die Nachfrage nach Fleischergewerken konnte nicht befriedigt werden, obwohl erheblich höhere Löhne geboten wurden. Arbeiter, die früher nur gelernter Fleischer verrichteten, wurden immer mehr von ungelerten Arbeitern ausgefüllt.

Der Verband zählte am Jahresbeginn 1915 in 66 Zählstellen einschließlich der Einzelhändler 3519 Mitglieder, darunter 409 weibliche. Am Schluß des Jahres 1915 bestanden noch 61 Zählstellen mit 2610 Mitgliedern, einschließlich 905 weiblichen. Im Vorjahre wurden 8228 Neuaufnahmen gemacht, wovon ein erheblicher Teil durch Einziehung zum Heeresdienst und durch Berufswechsel wieder verloren ging.

Der Beitragsumsatz ist gegenüber 1914 nur um ein Drittel zurückgegangen. Die Verbearbeitung, die mit großem Eifer gepflegt wurde, brachte gute Erfolge. Das zeigen auch die Massenverhältnisse. Die Gesamteinnahmen weisen einschließlich 47 310 M. Bestand vom Jahre 1914 die Summe von 172 726 M. auf; die Gesamtausgaben betragen 107 832 M., darunter 80 364 M. für Unterhaltungen. An die Kriegesfamilien wurden seit Kriegsbeginn 47 888 M. gezahlt, davon im Jahre 1915 allein 36 878 M. Zum Kriegsbüchleinsfonds, der meist aus Extrabeiträgen der Mitglieder gehalten wird, hat die Hauptkasse insgesamt 7500 M. Zuzahlung geleistet. Das Vermögen des Verbandes beträgt 67 623 M.; demnach ist der Kasienbestand um 20 813 M. gestiegen.

Die außerordentlich günstige Zeit führte — allerdings auch getrieben durch die ungewöhnlichen Teuerungsvorgänge — zu vielen sogenannten „wilden“ Lohnbewegungen und Streiks, deren Ausgänge statistisch nicht erfasst werden konnten. In die Statistik sind nur solche Bewegungen aufgenommen, die im Auftrage oder mit Zustimmung des Verbandes durchgeführt oder geleitet wurden. Die statistisch erfaßten Bewegungen hatten folgendes Resultat: Döme Arbeitseinstellung fanden statt: Angriffsbewegungen in 31 Fällen in 15 Orten und 34 Großbetrieben mit 4888 Beschäftigten, darunter 2179 weibliche. Angriffsstreiks fanden 2 statt in 2 Orten und 2 Betrieben mit 111 männlichen Beschäftigten. Ein Abwehrstreik mußte in einem Betriebe mit 64 Beschäftigten geführt werden. Insgesamt wurden 84 Bewegungen in 18 Orten und 37 Betrieben mit 2874 männlichen und 2179 weiblichen — 5053 Beschäftigten geführt. Alle Bewegungen verliefen erfolgreich. Es wurde erreicht an Arbeitszeitverkürzung für 3290 Personen 18 176 Stunden pro Woche; an Lohnerböhrungen für 4688 Personen 14 705 M. wöchentlich; an sonstigen Verbesserungen (höhere Bezahlung der Arbeiter, bessere Bezahlung oder Vereinfachung der Sonntags- und Nachtarbeit u. dergl.) für 2874 Personen. Die Arbeitszeitverkürzungen schwanken zwischen 1/4 und 1/2 Stunden, die Lohnerböhrungen zwischen 1 und 17 M. pro Woche. Selbst für Arbeiterinnen konnte bis 6 M. Lohnerböhrung pro Woche erreicht werden. In den meisten Fällen wurden Tarifverträge abgeschlossen bzw. bestehende erneuert. — Die Fleischteuerung wirkte am Jahresabschluss schon sehr auf den Beschäftigungsgrad. Durch die neue Verordnung über die Einfuhr von Fleisch und Fleischkonservefabrikation hat im Januar und Februar dieses Jahres eine große Arbeitslosigkeit eingetreten, zumal in der zweiten Hälfte des Februar, nachdem sehr viele Konservefabriken ihre Betriebe geschlossen haben und die Fabrikation von Dauerwurst fast gänzlich ruht.

Ausland.

Verschmelzungsbestrebungen der schweizerischen Buchdrucker.

Das Zentralkomitee des Romanischen Typographenbundes ist bei der Weiterverfolgung des ihm von dessen letzter Delegiertenversammlung erteilten bezüglichen Auftrages zu dem grundsätzlichen Entschluß gekommen, die Verschmelzung mit dem Schweizerischen Typographenbund vorzuschlagen, um zu einem einheitlichen Verbande der Buchdrucker in der Schweiz zu kommen. Der „Gutenberg“, das Organ des Romanischen Typographenbundes, veröffentlicht einen Aufruf zum Studium der wichtigen Verschmelzungsfrage.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

In Offenburg (Baden) starb der 75jährige Genosse Schneidermeister Karl Berg, zuletzt Privatmann, der ein vorbildlich tätiges Mitglied war.

Gefallene Genossen der italienischen „Jugendorganisation“.

Der Verband der sozialistischen Jugendorganisation Italiens veröffentlicht im „Avanti“ die erste Liste der im Kriege gefallenen Mitglieder. Es sind 53 Namen, unter ihnen auch der des Sekretärs des Verbandes, des Genossen Amadeo Catanesi. Unter den Toten befindet sich auch ein Matrose, der mit der „Benedetto Brin“ untergegangen ist. Die Mitglieder des Jugendverbandes sind alle weniger als 21 Jahre alt, da sie, nach Ueberreifeung dieses Alters, in die Parteiorganisation eintreten.

Aus Industrie und Handel.

Der Außenhandel Frankreichs 1915.

Die Gesamtresultate des Außenhandels Frankreichs im Jahre 1915 stellen sich wie folgt: Die Einfuhr betrug 8074 Millionen Franc, die Ausfuhr nur 3022 Millionen. Es wurde also für den außerordentlich hohen Betrag von 5052 Millionen Franc (= 4142 Millionen Mark nach dem Nennwert) mehr Waren nach Frankreich eingeführt als von dort ausgeführt, wodurch ein entsprechender Geldzufluß aus dem Inlande nach dem liefernden Auslande verursacht wird. Die große Einfuhr wurde durch die Bedürfnisse der Kriegszeit sowie durch den Ansturm der sonst im besetzten Nordfrankreich gewonnenen Produkte herbeigeführt, wobei zu erwähnen ist, daß die Kriegslieferungen aus dem Auslande für die französische Regierung in den obigen Zahlen nicht enthalten sind. In den Vorjahren 1914 und 1913 betrug die französische Einfuhr 6402 bzw. 6508 Millionen Franc und die Ausfuhr 4800 bzw. 6875 Millionen Franc. Die Passivität der Handelsbilanz betrug mithin 1914: 1588 Millionen, 1913: 1633 Millionen Franc, sie wurde aber durch die den Franzosen aus ihren Kapitalanlagen im Auslande zufließenden Dividenden und Zinsen gedeckt. Die Unterbilanz des Außenhandels 1915 ist aber viel größer als der Gesamtbeitrag der Zinseneingänge. Dazu kommt noch, daß während des Krieges die Zinsen aus dem feindlichen Auslande überhaupt nicht eingehen, dem russischen Staate aber, der gegen große finanzielle Schwierigkeiten ankämpft, sind sie gestundet.

Russische wirtschaftliche Pläne am Stillen Ozean.

In einem Artikel über die Eisenindustrie in Sibirien und russischen Ostasien führt Korotkin in der „Zorgowo-Brombischlennaja Gasete“ vom 18. Februar u. a. folgendes aus: „Hochbedeutend ist es, daß ausgezeichnete Eisenerz-Lagerstätten unmittelbar an der Küste des Stillen Ozeans an den vorzüglichsten natürlichen Punkten der Heiligen Oka und des Heiligen Wladimir liegen. (Dort arbeitete die Bergwerks-Aktiengesellschaft „Zetudsch“, deren Besitz laut Beschluß des russischen Ministerrats vom 16. Februar beschlagnahmt wurde und freihändig verkauft werden soll, da die Gesellschaft angeblich „unter deutschem Einfluß steht“.)

Man könnte zunächst daran denken, die Ausfuhr der Eisenerze nach Japan zu organisieren, das ziemlich arm daran ist; aber da in russischen Ostasien und auf Sachalin gute Koksofen vorhanden sind, wäre die Errichtung einer Eisenhütte an diesen Punkten und die Ausfuhr von Roheten nach Japan das Gegebene. Selbstverständlich könnte man auch Halbfabrikate und Fertigwaren ausführen. Ein tiefgehendes Studium der Frage führt jedoch zu weiter reichenden Plänen. Es sollte dort das Material für eine russische Schiffsflotte erst hergestellt werden, eine Handelsflotte auf dem Stillen Ozean ist für Rußland eine Notwendigkeit. Die Schaffung einer solchen Flotte wird jedoch unter den jetzigen Verhältnissen, da die bisher allein in Betracht kommenden japanischen Werften mit Arbeit überhäuft sind, sehr erschwert. Der Bau einer russischen Schiffswerft am Stillen Ozean ist eine Staatsnotwendigkeit!

Die Weltgeschichte der letzten Jahrzehnte hat unabweisbar dargelegt, daß der Stille Ozean immer größere Bedeutung gewinnt, und diesbezügliche Pläne dieser Art gar nicht so unecht, welche die

Verlegung des Lebenszentrums der Welt an die Küsten des Stillen Ozeans voraussetzen. Ohne so weit zu gehen, darf man doch nicht unausgesprochen lassen, daß schon jetzt die Handelsinteressen Rußlands auf dem Stillen Ozean so real und groß sind, daß der Bau einer entsprechenden Handelsflotte eine außergewöhnlich große, das ganze Reich angehende Bedeutung hat.“

Kriegsgewinne.

Die Elektrotechnische Fabrik Rheinb. Mag. Schorch u. Co. A.-G., die ihre Dividende von 12 auf 20 Proz. erhöht, bemerkt dazu im Geschäftsbericht: „Im abgelaufenen Geschäftsjahre waren wir in allen Teilen voll beschäftigt und mußten vielfach Nachschichten zu Hilfe nehmen. Die neuen Fabrikanlagen wurden, soweit dieselben im Laufe des Jahres fertiggestellt werden konnten, sofort in Betrieb genommen. Dadurch war es möglich, unseren Umsatz auf etwa das Fünffache der vergangenen Jahre zu erhöhen; diesem Umfange entsprechend ist auch der Gewinn gestiegen, um so mehr, als die Unkosten nur wenig in die Höhe gegangen sind.“

Der Rohgewinn stieg von 0,88 auf 3,58 Millionen Mark; ist also fast zehnmal so hoch wie im Vorjahre. Ueber die Abschreibungen wird u. a. berichtet: „Auf die alten Fabrikanlagen sind mit Rücksicht darauf, daß dieselben demnächst vollständig stillgelegt werden, größere Abschreibungen für nötig gehalten worden. Auf Maschinenkonto sind keine Zugänge. Die neu hinzugekommenen Maschinen dienen fast durchgängig für die Herstellung von Kriegsmaterial und haben nach Erledigung dieser Arbeiten nur geringen Wert, weshalb diese Anschaffungen auf Unkostenkonto gebucht wurden. Die vorhandenen Maschinen haben durch die übermäßige Beanspruchung insbesondere für Kriegslieferungen sehr stark gelitten und es ist angebracht, größere Abschreibungen hierauf vorzunehmen.“

Die Magdeburger Bergwerk A.-G. erzielte trotz geringerer Kohlenförderung einen höheren Ueberüberschuss als im Vorjahre. Der Gesamtüberschuss stieg von 1,047 auf 1,255 Millionen Mark. Als Reingewinn verbleiben 951 000 M. (gegen 695 745 M.), woraus 30 Proz. Dividende gezahlt werden (im Vorjahre 22 Proz.). Die Kohlenpreise sind also so stark gestiegen, daß die Gesellschaft einen höheren Gewinn als im Vorjahre erzielen konnte.

Der Aufsichtsrat der Rheinischen Möbelstoff-Weberei vormals Dahl u. Hünke schlägt 8 Proz. Dividende gegen 6 Proz. im Vorjahre und 9 Proz. vor zwei Jahren vor.

Die Maschinenfabrik Badenia in Weinheim vormals Plag Söhne beantragt für 1915 eine Dividende von 8 Proz. (gegen 4 Proz. für 1914.)

Die A.-G. der Gerresheimer Glasbüttenwerke vorm. Ferd. Hege nimmt eine Wiedererhöhung der im Vorjahre von 14 auf 8 Proz. ermäßigten Dividende auf 10 Proz. vor.

Die Chemnitzer Spinnerei in Chemnitz, die in den letzten vier Jahren dividendenlos blieb, erzielte im Geschäftsjahre 1915 einen Ueberüberschuss in Höhe von 745 500 M. (695 912 M.). Aus dem Reingewinn von 136 445 M. (36 735 M.) soll eine Dividende von 5 Proz. (0) verteilt werden. Während des ersten Halbjahres waren, wie die Verwaltung im Geschäftsbericht schreibt, beide Spinnereien bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Später mußte die Produktion im Einklang mit den gesetzlichen Maßnahmen durch Verkürzung der Arbeitszeit wesentlich verringert werden. Mitte Oktober wurde die Spinnerei I außer Betrieb gesetzt.

Hoffmanns Stärkefabriken A.-G. in Solzhausen erhöhen ihre Dividende von 6 auf 12 Proz. Diese auffällige Erhöhung wird im Geschäftsbericht wie folgt begründet:

Die Gesellschaft konnte trotz der im April verhängten Beschlagnahme sämtlicher Reisvorräte ihren Hauptbetrieb, wenngleich in beschränktem Umfang, so doch mit besonderem Nutzen noch einige Zeit fortsetzen, da ein Teil des Vorrats, der, auf dem Transport durch Wasser beschädigt, für Ernährungszwecke nicht in Frage kam und von der Beschlagnahme ausgenommen wurde, zur Herstellung von Stärke durchaus geeignet geblieben war. Einen weiteren unerwarteten Gewinn brachte der Verkauf einer Teilladung Reis im neutralen Auslande, die bei Kriegsausbruch nicht mehr hatte herbeigeschafft werden können. Die Nebenbetriebe konnten auch nach erfolgter gänzlicher Einstellung der Stärkefabrikation in Tätigkeit bleiben und höhere Erträge liefern. Der Betriebsergebnis stieg von 0,76 auf 1,17 Millionen Mark. Der Reingewinn nahm um das Doppelte zu; er betrug 845 820 gegen 419 730 M. Im letzten Friedensjahre hatte die Dividende 10 Proz. betragen.

Die Spinnerei Vorwärts A.-G. in Grackwede bei Bielefeld zahlt nach reichlichen Abschreibungen und entsprechenden Rückstellungen für die Kriegsgewinnsteuer 5 Proz. Dividende (i. V. 4) auf die Stammaktien und 10 Proz. (i. V. 6) auf die Vorzugsaktien.

Die Kupferwerke C. Hedemann A.-G. in Lüneburg beabsichtigen die Ausschüttung einer Dividende von 13 Proz. In den vorangegangenen vier Jahren hatte die Dividende je 7 Proz. betragen.

Das Eisenbüttenwerk Thale A.-G. erhöht die Dividende um 10 Prozent, von 16 auf 26 Prozent.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 Uhr, z. 1. Male: **Macbeth.**
Mittwoch 7 1/2 Uhr: **Macbeth.**
Kammerspiele.
8 Uhr: **Der Weibsteufler.**
Mittwoch: **Der Weibsteufler.**
Volksbühne. Theater a. B. Hofw. 8 1/2 U.: **Fuhrmann Henschel.**
Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
8 Uhr: **Kameraden.**
Komödienhaus
7 1/2 Uhr, zum ersten Male:
Das Mädchen aus der Fremde.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
8 Uhr: Die gutgeschmittene Ecke.
Mittw.: Die gutgeschmittene Ecke.
Donnerstag: **Peer Gynt.**
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selige Exzellenz.
URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.

Rose-Theater.
8 Uhr: **Der Hochtourist.**
Morg.: **Ich lasse Dich nicht.**
Walhalla-Theater.
8 Uhr: **Grigri.**
Mittwoch 4 Uhr: 1001 Nacht.
Luisen-Theater.
Täglich 8,15:
Charlotte Klinger
Mittwoch 4 Uhr:
Schneeweißchen u. Rosenrot.

BUSCH
Nur noch heute u. morgen 8 Uhr:
das erfolgreiche
Februar-Programm!
Zum Schluß:
Ein Wintermärchen.

WINTERGARTEN
Letztes Auftreten:
Clotilde von Darp
Tänze sowie der reichhaltige
Februar-Spielplan.
Außerdem:
Die schöne Komödiantin
Operette in 1 Akt
v. Eugen Burg u. Louis Tafelberg.
Musik von **Leo Ascher.**
Mitwirkende: **Elsa Berna** —
Lotto Werkmeister v. Thalia-Th.
u. G. — **Gustav Matzner** — **Heinrich Peer** — **Julius Spielmann.**

Casino-Theater
Kochstr. 37. Tägl. 8 Uhr:
Nur noch bis 2. März
der Poffenklager
Was machte un?
Freitag, 3. März, zum 1. Male
ein neues Berliner Volksstück.
Sonntag 4 Uhr: **Ihr Gottlieb.**
Possen-Theater
Linienstraße, a. d. Friedrichstr.
8 1/2 U.
Kobis Abenteuer
Der große Augenblick
mit Leonhard Haskel
und Siegfried Berisch

Theater für Dienstag, den 29. Februar:
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
7 Uhr: **Tannhäuser.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gbr. **Herrnfeld**-Theater
8 Uhr: **Sokrates und Perlmutter.**
Kleines Theater.
8 Uhr: **Münchhausen.**
Komische Oper.
8 Uhr: **Jung muß man sein**
Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**
Metropol-Theater
7 1/2 U.: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: **Der Sterngucker.**

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: **Loge No. 7** m. Henry Bender.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Die gelbe Nachtigall**
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Ultimo.**
Thalia-Theater.
8 Uhr: **Drei Paar Schuhe.**
Theater am Nollendorfpf.
8 1/2 Uhr: **Wilhelm Tell.**
8 1/2 U.: **Immer feste druff!**
Theater des Westens
8 Uhr: **Das Fräulein vom Amt.**
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/2 U.: **Verheiratete Junggesellen.**

Palast
Anf. 8 Uhr, Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Letzter Tag
des großen Februar-Programms.
12 zukräftige Nummern 12
M. Waifs Reg. Hunde
Margarethe Wandergarten
Joseph Plaut
Asra, Billardkünstler
Morgensterus Landsturm usw.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
3. Schluß s. 124. Nr.:
„Die von der Emden.“
Für Militärpersonen
freier
Eintritt zu den
Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Berlin hat morgen eine neue Sensation! Wo und wieso?

Voigt-Theater.
Badstr. 55. Badstr. 58.
Morgen Mittwoch, den 1. März:
Ein Teufelsweib.
Lebensbild mit Gesang in 4 Aufzügen
von Hüb. Schwarz-Neißingen.
Reifenführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Admiralspalast
Eis-Arena
Großes
Eis-Ballett.
1/2, 3, 4 U.
Vorzügliche Küche!
Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: **Großes Konzert**
Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist Franz v. Bion.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 3. März: **Volkstümliches Konzert**
des **Berliner Sängervereins E. V.** (Cecilia Melodia 1856)
während der Kriegszeit unter Anschluß vom **Berliner Männer-Gesangverein** und **Berliner Sängerkreis.**

Märzagitacion.

Von Luise Sieh.

Unsere Genossinnen haben überall mit großer Freude den Beschluß des Parteivorstandes begrüßt, der besagt, daß in der gleichen Zeit wie in Oesterreich-Ungarn, — vom 12. bis 26. März, — auch in Deutschland überall Versammlungen stattfinden sollen, in denen die wichtigsten Fragen der Erwerbsarbeit und der Staatsbürgerrechte der Frauen erörtert, und die große Bedeutung unserer Organisationen und unserer Presse aufgezeigt werden sollen.

„Kriegstraudentag“ nennen unsere österreichischen Genossinnen ihre Versammlungen und uns Deutschen gilt unsere Veranstaltung gleichfalls als sozialistischer Frauentag, dessen Bedeutung noch erhöht wird durch den ausdrücklichen Beschluß des Vorstandes: überall die Männer mit einzuladen.

Damit ist schon ausgedrückt und anerkannt, daß das Problem der Frauenerwerbsarbeit, besonders so wie es sich während des Krieges gestaltet hat, eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit nicht nur für die Frauen, sondern für die Gesamtpartei ist.

Dasselbe gilt von der Forderung der staatsbürgerlichen Frauenrechte, die von der Sozialdemokratie programmatisch festgelegt und grundsätzlich von ihr in den Parlamenten, den Versammlungen und der Presse stets vertreten worden ist. Eine Forderung, deren Bedeutung gegenwärtig größer als je zuvor ist.

Organisation und Presse aber sind die besten Mittel, wie zur Vertretung unserer Interessen überhaupt, so auch zur Durchsetzung der besonderen Frauenforderungen.

Und während des Krieges, der den größten Teil unserer besten Genossen zu den Fahnen rief, ist es doppelt Pflicht der Daheimgebliebenen, insbesondere auch der Frauen, nicht nur das Gefüge unserer Organisation aufrecht zu erhalten, in sozialistischer Treue an dem Leben der Partei teilzunehmen und auf dieses nach Maßgabe unserer Kräfte einzuwirken, sondern außerdem auch unablässig die Zeit zu nutzen, um neue Anhänger unserer Weltanschauung, neue Mitglieder unserer Organisation zu werben, neue Abonnenten und Leser unserer Presse zuzuführen.

Dazu sollen ebenfalls unsere „Frauentagsversammlungen“ dienen.

Zur Unterstützung dieser Aktion werden Redaktion und Verlag der „Gleichheit“ die fällige Nummer 13 unserer Frauenzeitschrift als

„Frauentagszeitung“

ausgestalten. Die besonders bestellten Agitationsnummern werden wesentlich billiger zur Verfügung gestellt: mit 2 Pf. pro Exemplar ansschl. Porto, ganz gleich, ob 50, 100, 500 oder mehr Exemplare verlangt werden.

Sache unserer Organisationen (und in diesen besonders Aufgabe der Genossinnen) ist es, für sofortige Bestellung beim Verlag J. S. B. Diez, Stuttgart, und für die weiteste Verbreitung unserer Frauenwahlrechts-Zeitung Sorge zu tragen; gleichzeitig aber auch eifrig dauernde Abonnenten der „Gleichheit“ zu werben.

Genossinnen, ist es während der Kriegszeit auch nicht möglich, in der alten Weise unseren Frauentag zu begehen, werden sich vielleicht selbst der vom Vorstand beschlossenen Form unserer Aktion Schwierigkeiten entgegenstellen, so bin ich doch überzeugt, ihr werdet, gerade deswegen, um so mehr mit Hingabe, Eifer und starkem Willen für ein gutes Gelingen arbeiten.

Wird doch unsere Freude über die geplante Veranstaltung noch erhöht und unsere Lauffkraft angefeuert durch die Tatsache, daß mit uns in gleicher Weise die österreichischen Genossinnen, die in warmer Freundschaft uns verbunden sind, die Frauentagsversammlungen veranstalten, und daß von der holländischen Bruderpartei, die ja nicht unter dem Kriegsrecht steht, der März zu einer umfassenden Agitation für das Frauenwahlrecht ausgerufen ist.

In Geiste aber werden die sozialistischen Frauen der ganzen Welt bei uns sein, mit denen uns der innige Wunsch verbindet, daß recht bald die Friedensarbeit uns wieder zusammen führen möge, zum gemeinsamen Ringen für Rechte und Freiheiten des Proletariats.

Aus Groß-Berlin.

Der Ziegelstein.

Mein Weg führt mich durch einige Straßen. Da kreuzt ihn ein kleiner, pfiffig aussehender Junge von kaum sechs Jahren. Er trägt auf der Schulter einen großen Ziegelstein. Der schmalen Schulter ist die Last wohl nicht leicht, denn alle 20 bis 30 Schritte legt er den Stein vorsichtig hin, holt tief Atem und reibt sich die rotgefrorenen Händchen. Bald bin ich an seiner Seite. Er bleibt wieder stehen. Doch als ich ihm abladen helfen will, legt er eine gewichtige Miene auf: „Vorsicht, der is nämlich nich meine.“

„So ja, na, dann wollen wir ihn vorsichtig hinlegen.“ Während er sich wieder die Hände reibt und ausruht, werden wir gute Freunde. Und nun höre ich folgendes: „In der Hofmauer vom ersten Hof (wir wohnen im zweiten) is ein Loch, da sind ein paar Steine locker, da is er her. Wenn ich zurückkomme, leg ich'n wieder hin.“

„Ja, aber wo willst Du denn hin mit dem Stein?“ „Na, Butter hol'n!“ „Butter holen?“

„Na, ja. — Weil Vater in's Feld mußte, muß Mutter doch jezt soviel auf Arbeit. Da schickt sie nu eben mir alle Wege, und Grete vomst inszwischen auf die Kleinen auf.“

„Aber, lieber Junge, wiejo brauchst Du denn den Ziegelstein zum Butterholen?“

„Na, auf den stell ich mir doch, weil's immer so nah is und so lange dauert. Da friert mir wenigstens an die Füße nich so sehr!“

Eine Stunde später, auf meinem Rückweg, sehe ich ihn noch vor dem Butterladen warten. Er sieht auf seinem Stein, beide Häufchen in die Hosentaschen gehohlet und — friert. Ach, er friert trotz seiner erfindertischen Vorsichtsmäßigkeit doch so sehr.

In der langen, langen Reihe standen zwischen den abgearbeiteten Frauen noch viele Kinder, ältere und auch noch jüngere — „Vater muß ins Feld, Mutter muß soviel auf Arbeit“ — und warteten und froren in dem nasskalten Wetter — um ein wenig Butter zum Brot.

Bezugskarten für Reis und Hülsenfrüchte.

Die Abgabe von Reis und Hülsenfrüchten erfolgt in Berlin auch für den Monat März in der üblichen Weise. Die Bezugskarten werden wieder ausgegeben: an die von der Armenverwaltung unterstützten durch die Armenkommissionen, an die Arbeitslosen durch die städtischen Geschäftsstellen der Arbeitslosenfürsorge. Soweit die Landesversicherungsanstalt, Gewerkschaften, Verbände usw. Arbeitslosenunterstützung zahlen, können diese Stellen die Karten bewilligen. Die Kriegsunterstützungsempfänger und die Kriegserwitwen erhalten die Karten durch die Protokommissionen gegen Vorlegung des Unterstützungsbogens oder der Nachricht der Intendantur, welche für die Kriegserwitwen die Gebährnisse festsetzt.

Zur Vereinfachung des Austeilungsgeschäfts wird die Verteilung an Kriegsunterstützte und Kriegserwitwen so vorgenommen, daß sie erfolgt:

für Personen, deren Namen mit den Buchstaben A—G einschließlich beginnen, am Mittwoch, den 1. März 1916,

für Personen, deren Namen mit den Buchstaben H—L einschließlich beginnen, am Donnerstag, den 2. März 1916,

für Personen, deren Namen mit den Buchstaben M—R einschließlich beginnen, am Freitag, den 3. März 1916,

für Personen, deren Namen mit den Buchstaben S—Z einschließlich beginnen, am Sonnabend, den 4. März 1916.

Alle übrigen Hilfsbedürftigen, soweit sie nicht von der Armenverwaltung oder der Arbeitslosenfürsorge unterstützt werden, müssen sich an die über das ganze Stadtgebiet verteilten für die Ausgabe der Karten besonders eingerichteten Stellen des Nationalen Frauenbundes wenden.

Städtische Kartoffeln nur gegen Karte!

Der Magistrat Berlin gibt bekannt, daß von heute, den 29. Februar, ab, in den städtischen Kartoffelverkaufsstellen Kartoffeln nur gegen Vorlegung der weißen Ausweis Karte für den städtischen Lebensmittelverkauf in Verbindung mit einer Protokarte abgegeben werden. Die Abgabe von Kartoffeln wird durch einen Vermerk auf der Protokarte verzeichnet. Mehr als 10 Pfund Kartoffeln werden an den einzelnen Käufer keinesfalls abgegeben. Auf eine Protokarte, auf der sich der Vermerk befindet, werden weitere Kartoffeln nicht mehr verkauft.

Ein falscher Soldatenfreund wurde gestern auf dem Schlesischen Bahnhof festgenommen. Hier verkehrten viele Soldaten entweder auf der Durchreise oder beim Eintreffen zum Urlaub oder beim Wiederausreisen ins Feld. Diese letzten besonders suchte sich ein älterer Mann aus, um sie in der Masse eines Heeres zu bestehlen. Die Krieger, die wieder hinausziehen, sind in der Regel mit Paketen schwer beladen. Sie nehmen nicht nur für sich selbst mit, was ihnen die Liebe ihrer Angehörigen zugeordnet hat, sondern sorgen auch noch für ihre Kameraden, deren Familien sie in der Heimat aufzuheben haben. Bei ihrem Aufenthalt in Berlin haben sie oft dieses und jenes noch zu besorgen, oder sie trinken wohl auch in der Nähe des Wohnhofs noch einen Abschiedsschoppen. Da kam ihnen nun ein freundlicher Helfer gerade recht. Der alte Mann, der sich in den Wartesälen und auf den Plätzen herumdrückte, leistete ihnen alle möglichen Handreichungen und verwahrte ihre Pakete, wenn sie einmal auf kurze Zeit weggehen wollten. Leider mußten die Krieger mehr als einmal erfahren, daß sich der freundliche Hüter ihres Gepäcks selbst bezahlt gemacht hatte. Wiederholt war er, wenn die Leute zurückkehrten, mit ihren Paketen verschwunden. In einem Falle hatte er 5—6 auf einmal mitgenommen. Der „Helfer“, der auf diese Weise allenthalben Lebensmittel und andere Verpflegung erbeutete, ließ sich, wenn er einen guten Zug gemacht hatte, eine Weile nicht mehr sehen, kehrte dann aber wieder zurück, um neue Opfer zu suchen. So ersahen er auch gestern wieder und wurde festgenommen, als er gerade wieder mit einigen Paketen verschwinden wollte. Die Kriminalpolizei stellte den Verhafteten fest als einen 62 Jahre alten früheren Tischler, der bisher noch nicht bestraft ist.

Eine Jubilarin.

Zu den wenigen, die nur vierzehnjährig ihren Geburtstag feiern konnten und dennoch heute auf 60 Lebensjahre zurückblicken können, gehört unsere rührige Genossin Margarete Bengels. Die stets reißige Kämpferin für die Interessen der Arbeiter stammt aus Krefeld, aus einer fromm-katholischen Familie. Bereits vor 39 Jahren wurde sie Sozialdemokratin und Parteimitglied. Wenige Jahre später zog die seit 1876 Verheiratete mit ihrem Mann, dem Seidenwirker Robert Bengels, vom Rheinland nach Berlin. Hier entfaltete unsere Genossin im Verein mit ihrem Mann eine rührige Tätigkeit. Häufig wurde bei Genossin Bengels unter dem Sozialistengesetz gehausucht. Ohne Erfolg; der Kinderwagen führte während der Hausdurchsuchung oft einen der „kleinen Bengels“, als Besitzer der Flugchriften, nach denen gehausucht wurde, spazieren. An „kleinen Bengels“ hat unsere Jubilarin ihrem Manne drei Jungen und sechs Mädels geschenkt und alle zu eifrigen Genossen erzogen. Genossin Bengels war Mitglied des im Jahre 1885 unter Vorsitz der Genossin Staegemann gegründeten, im nächsten Jahre polizeilich und gerichtlich geschlossenen Vereins der Mäntelwäherinnen. Unermüdet suchte die Genossin auf politischem und auf gewerkschaftlichem Gebiet aufzutreten, zu beleben und anzufeuern. Ihre Tätigkeit in der Lokalkommission der Schneider ist bekannt. Wegen ihrer Tätigkeit wurde unsere Genossin auch auf die Anklagebank gebracht. Das Landgericht in Greifswald verurteilte sie anfangs der neunziger Jahre zu einem Monat Gefängnis: in der Erörterung des Satzes „wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe“ wurde eine Straftat gefunden. Die Abkündigung erübrigte sich durch die im Jahre 1893 erlassene Amnestie. Viele Jahre hindurch war Genossin Bengels die unbesoldete Vertrauensperson der Frauen Deutschlands. Bis zum heutigen Tage ist sie die anfeuernde, unerschrockene Vorkämpferin für die Interessen des Proletariats. Möge ihr vergönnt sein, noch recht lange ihre wegschneidende Tätigkeit auszuüben. Ein Glück auf der Kämpferin!

Bei einem verdächtigen Goldwarenhandel wurden gestern ein 19 Jahre alter Optiker und ein 18jähriger Arbeitsschürke ertappt. Die beiden trieben sich an der Verheigerungsstraße in der Sadowkaer Straße herum, wo die hebräischen Händler sich zu ihren Einkäufen regelmäßig einzufinden pflegen. Kriminalbeamte beobachteten sie und sahen, wie sie einem Manne Goldschmuck zum Kauf anboten. Ueber den Erwerb dieser Sachen zur Rede gestellt, konnten sie sich nicht ausweisen. Sie wurden deshalb nach der Revierwache gebracht, und die Ermittlungen ergaben bald, daß die Sachen, die sie bei sich führten, aus einem Schaustellereinsturz in der Woykowskystraße herrührten. Hier hatten sie für 500 M. Schmuckstücke erbeutet. Die beiden haben wahrscheinlich noch mehr auf dem Kerbholz.

Die Heimstätte Heinersdorf ist nach erfolgter Desinfektion nunmehr wieder für erholungsbedürftige Kinder geöffnet.

Zur letzten Ruhe.

Am Sonntagmittag wurde die Gefährtin des Stadtverordneten Genossen Gottfried Schulz unter starker Beteiligung, vor allem der Frauen des 2., 8. und 4. Wahlkreises, auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde zur letzten Ruhe beigesetzt.

Auguste Schulz, in der Dessenlichkeit nie herabgetreten, hat um so mehr im stillen für die Partei getüchtelt. In der schwersten Zeit des Ausnahmegesetzes entwickelte sie ihr Talent. Sie war eine der wenigen Genossinnen, die unter den schwierigsten Verhältnissen die aus Jülich ankommenden Pakete an die richtigen Adressen besorgte. In ihren Wohnungen in der Wiener Straße 11, Manteuffelstraße 7 und Adalbertstraße 94 sind mehr als zwanzig Hausdurchsuchungen nach verbotenen Schriften usw. abgehalten worden. Immer war es Auguste, die dafür sorgte, daß die Polizei unverrichteter Sache wieder abziehen mußte.

Ihre letzte Lebenszeit war voll schwerer Leiden. Seit 3 Jahren war sie blind, daneben schwer zuckerkrank. Aber auch in diesen Leidensjahren hat sie ihr lebenswürdiges, mit Humor gewürztes Gemüt nicht verloren. Wo die Verstorbene Rot lindern konnte, war ihr das eine besondere Freude. Alle, die sie kannten, werden der „Gottfriedin“, wie sie unter den Bekannten genannt wurde, ein bleibendes Andenken bewahren.

Berliner Mundart und Humor.

Im Kreise der Vereinigung Akademischer Unterrichtskurse für Arbeiter sprach am Sonntagabend der Berliner Schriftschröder Dr. Hans Wendke in der vollbesetzten Aula des Dorotheenstädtischen Gymnasiums über „Berliner Mundart und Humor“. Die Berliner Mundart hat zwar viele Eigentümlichkeiten, sie hat an sich aber eine Vereinfachung wie jede andere deutsche Mundart auch. Sie ist noch keineswegs abgeschlossen, sondern lebensfähig; neue Wortprägungen, auch aus dem Felde, beweisen es. Eigentliche Berliner, also deren Eltern schon Berliner waren, gibt es nach der Statistik nur noch 40—45 Prozent. Von den uns bekannten Vertretern des Berlinertums waren Kalisch, Dahms, Loebenstern, die sogenannten Kladderadatschleute, ferner Etinde und Stellenheim keine geborenen Berliner, dagegen Adolf Glasbrenner, Schmidt-Cabanis u. a. In die Berliner Mundart hat sich vieles eingeschlichen, besonders französische Worte, zuerst durch die vom Großen Kurfürsten aufgenommenen Hugonotten, dann auch durch die Franzosenzeit 1806 bis 1813. Eine Eigentümlichkeit in der Berliner Mundart sind auch die vielen Wortverbindungen, ferner die aus dem Tierreich entlehnten Namensverbindungen und andere, die an irgendeine Tätigkeit anknüpfen. Dr. Wendke sprach dann vom Berliner Humor und seinen bekanntesten Vertretern, und las einige ihrer Schöpfungen, u. a. Schmidt-Cabanis: „Die Afrilareise“, „Neuberlin“, Johannes Trojan: „1888er Wein“, Dobms: „Die vier Fragen“, Martin Wendig: „Lieder der Goldenen Hundertjahre“. Den Beschluß des Abends bildete die von Lichtbildern begleitete Schilderung Berliner Typen und Szenen aus dem alten Berlin, wie der alte Christmarkt, der Stralauer Fischzug, eine Schlittenfahrt in den Felten, der Guckkastenmann, der alte Wächter, 1848er Bürgerwehr, die alte Jüdenstraße und anderes. Reichher Beifall belohnte den Redner.

Ueber den rätselhaften Selbstmord eines Siebzehnjährigen wird aus der Franzstraße Nr. 8 berichtet. Hier wurde in der Familie seines Oheims von Kindheit an ein Schneiderlehrling Artur Neumann aufgezogen. Am Sonntagmorgen gingen der Oheim und die Tante aus. Der Neffe sollte nachkommen. Neumann unterließ sich auf der Straße nach mit seinen Freunden und verabschiedete sich dann mit dem Bemerkten, daß er hinaufgehen wolle, um Kaffee zu trinken. Seitdem sah man ihn nicht wieder. Als der Hauspfortner abends das Treppentritt anzündete, fiel ihm ein Gasrohr auf. Leider ging er seiner Ursache nicht nach. Als später der Oheim Neumann mit seiner Frau heimkehrte, fanden sie keinen Einlaß, weil von innen abgeschlossen war, und mußten durch einen Schlosser öffnen lassen. Der junge Neffe lag jetzt regungslos auf einem Stuhl vor dem Gasautomaten, dessen Leitung er geöffnet hatte. Samariter der Feuerwehre bemühten sich drei Stunden lang, ihn ins Leben zurückzurufen. Aber alle Versuche blieben erfolglos. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Was den jungen Mann in den Tod getrieben haben kann, weiß niemand.

Aus den Gemeinden.

Morgen Gemeindevahl in Steglitz.

Das Interesse an der diesjährigen Wahl beschränkt sich auf den ersten Wahlbezirk, den sogenannten Schloßstrabenbezirk, weil nur dort ein Arbeiterkandidat, Genosse Hamburg, aufgestellt ist. Das schließt aber nicht aus, daß trotzdem eine Anzahl Wähler, die jetzt im zweiten Bezirk wohnen, ihr Wahlrecht im ersten Bezirk ausüben können und müssen. Die Wahl findet auf Grund der vorjährigen Wählerliste statt, deshalb ist jeder, der am 30. Januar 1915 24 Jahre alt war und damals im ersten Bezirk wohnte, wahlberechtigt, auch wenn er inzwischen nach dem zweiten Bezirk oder sogar nach außerhalb verzogen ist. Voraussetzung der Wahlberechtigung ist natürlich, daß er überhaupt in der Wählerliste steht. Die Wahl findet morgen, Mittwoch, den 1. März, von 10 bis 2 und 3/4 bis 8 Uhr im Schloßpark statt. Legitimation (Steuerkarte usw.) ist vorzuzubringen. Jeder Parteigenosse muß sein Wahlrecht ausüben.

Beschluß des Wahlvereins Adlerhof.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Adlerhof nimmt mit Bedauern Kenntnis von der auf der letzten Vorstandskonferenz angenommenen Resolution, welche die bekannte Sonderaktion der zwanzig Genossen verurteilt. Wenn schon die Abstimmung dieser Körperchaft über eine das Wesen und die Grundzüge der Partei aus sich ergebende Frage entgegen der bisher gelübten Praxis als eine Regelwidrigkeit bezeichnet werden muß, so kann sie nach Ueberzeugung der Versammelten niemals ein Bild der wirklichen Meinung der breiten Masse der Parteigenossen unseres Kreises geben. Die Versammlung fordert deshalb den Zentralvorstand auf, in aller nächster Zeit eine Generalversammlung einzuberufen, in der die Konferenz beschließende Tagesordnung zum Gegenstand erneuter Verhandlungen gemacht wird.“

Soziales.

Ein Protest der Hausbesitzer.

Gegen die Wohnungsuntersuchung der III. gemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, die wir in Nr. 38 des „Vorwärts“ besprochen, wendet sich eine vom Vorstand des Grundbesitzervereins Frankfurterortbezirk herausgegebene Broschüre. Sie gibt den Vortrag des praktischen Arztes Dr. Goldstein und andere Reden wieder, die in einer Versammlung des genannten Vereins gehalten worden sind. Der Vorstand des Grundbesitzervereins sandte uns die Broschüre, damit wir von ihr Kenntnis nehmen, denn das einfache Gefühl der Gerechtigkeit verlangt, daß auch der angegriffene Teil gehört werde.

Gerichtszeitung.

Der Weihnachtsbaum des Präsidenten.

In einem eigenartigen Konflikt mit dem Polizeipräsidenten von Charlottenburg, Herrn v. Herzberg, ist der Händler Karl Schönfeld gefangen, der sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Vennewitz auf die Anklage des versuchten Betruges zu verteidigen hatte.

Der in Frage stehende Vorfall hat für den Händler große materielle Nachteile zur Folge gehabt. Der Angeklagte ist seit dreißig Jahren im 82. Polizeirevier als Landhofschaftsgärtner angestellt, erfreut sich eines guten Rufes und betreibt seit 25 Jahren zur Weihnachtszeit auf dem Pöppowplatz einen Handel mit Weihnachtsbäumen, ohne daß er dabei jemals in Differenzen mit einem Käufer gekommen ist. Am 17. Dezember v. J. begab sich der Polizeipräsident v. Herzberg nach dem Pöppowplatz, um einen Weihnachtsbaum zu kaufen. Er erwarb eine etwa 3 1/2 Meter hohe, tadellos gewachsene Silberanne aus dem Bestande des Angeklagten. Dieser behauptet, daß er für die Tanne 18 M. gefordert habe, der Polizeipräsident versichert unter Verweis auf seine Gattin, daß nur 15 M. gefordert worden seien; er sei daher höchst erstaunt gewesen, als ihm der Angeklagte auf dem ihm ausgehändigten Zwanzigmarschein nur 2 M. herausgab. Es kam darüber zu längeren Auseinandersetzungen, wobei der Angeklagte dabei verblieb, daß der Weihnachtsbaum 30 M. Verkaufswert habe und er ihn nur zu 18 M. angeboten habe, weil er noch kein Handgeld hatte. Herr v. H. gab sich als Polizeipräsident von Charlottenburg zu erkennen und erklärte, daß er sich nicht betrogen lasse. Der Angeklagte erklärte seinerseits darauf: „Ich was, es ist mir ganz gleichgültig, wer Sie sind; von Betrügen kann hier gar keine Rede sein, ich habe noch niemand betrogen!“ Als dann der Präsident nach einem Schutzmännchen rief, um die Persönlichkeit des Angeklagten festzustellen, legtimierte sich dieser durch eine ihm als Mitglied einer Einkaufungskommission vom Berliner Magistrat ausgestellte Erkennungskarte. Im Verlaufe dieser auf dem Fahrdamm sich abspielenden Szene hatte auch Frau v. H. auf eine Frage ihres Gatten befragt, daß nur 15 M. gefordert worden seien. Hieraus erwiderte der Angeklagte: „Gnädige Frau, das ist ausgeschlossen. Ich habe 18 M. verlangt, wenn Sie aber beide behaupten, Sie hätten nur 15 M. verstanden, so soll es mir auf die 8 M. nicht ankommen.“ Dabei übergab er dem Käufer noch 3 M. und hielt die Sache damit für erledigt. Das böse Ende kam aber noch. Der Polizeipräsident v. Herzberg richtete, wie Justizrat Lehfeld im gestrigen Termin darlegte, das Ersuchen an die Abteilung IV des Berliner Polizeipräsidiums, dem Angeklagten den Weiterbetrieb seines Handels mit Weihnachtsbäumen zu untersagen. Das Berliner Polizeipräsidium antwortete darauf: „eine solche Maßnahme ließe sich nicht durch die Bekanntmachung des Bundesrats gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 rechtfertigen, weil es sich nicht um einen Gegenstand des täglichen Bedarfs handle; auch die Verfolgung der Sache wegen Betrugsversuchs würde keine Aussicht auf Erfolg bieten.“ Der Polizeipräsident v. Herzberg hat sich dann an die Abteilung IX des Berliner Polizeipräsidiums gewandt und diese hat tatsächlich folgende Verfügung erlassen: Dem Händler Karl Schönfeld wird hiermit aus ordnungs- und sicherheitspolizeilichen Gründen auf Grund des § 10 II 17 des V. V. M. mit Rücksicht auf seine durch Preissteigerung und Forderung wucherischer Preise dargelegte Unzuverlässigkeit der Handel mit Weihnachtsbäumen untersagt. — Die Folge dieser Verfügung war, daß Schönfeld genötigt war, seine noch vorhandenen Weihnachtsbäume zu Brennholz zu zerhacken. Er hat nach seiner Behauptung einen Schaden von mehr als 400 M. erlitten und sich noch die jegliche Anklage zugezogen. — Im gestrigen Termin blieb der als Zeuge vernommene Polizeipräsident v. Herzberg bei seiner Versicherung, daß nur von 15 M. die Rede gewesen sei; der Preis von 18 M. sei gar nicht erwähnt worden. Ein Jertum seinerseits sei ganz ausgeschlossen. — Der Angeklagte behauptete das Gegenteil. — Der Amtsanwalt hielt vollendeten Betrag für vorliegend und beantragte 50 M. Geldstrafe eventuell zehn Tage Gefängnis. — Justizrat Lehfeld beantragte dagegen aus tatsächlichen und juristischen Gründen die Freisprechung, wobei er ausführte: Die gegen den Angeklagten ergangene Verfügung stelle eine schwere Verletzung des geltenden Rechts dar, denn es sei durch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts in unzähligen Entscheidungen festgelegt worden, daß der § 10 II 17 V. V. M. auf einen Fall wie den vorliegenden unter gar keinen Umständen angewendet werden darf. Unter „Gefahr“ im Sinne dieser Bestimmung fallen keinesfalls bloße Nachteile oder Belästigungen, sondern nur eine nachteilige, auf Tatsachen beruhende Wahrscheinlichkeit einer Schädigung von Leib, Leben, Gesundheit oder Vermögen. So sei höchstgerichtlich entschieden worden. Im übrigen könne von einer strafbaren Handlung des Angeklagten keine Rede sein. — Das Schöffengericht kam zur Freisprechung. — Das Gericht hielt das Vorliegen eines Mißverständnisses doch nicht für ausgeschlossen; möglich sei es auch, daß der Angeklagte etwas anderes gesagt habe, als er meinte. Es fehle auch an einem Vermögensschaden, der die Folge einer Irrtumserregung gewesen sein müßte, denn das Gericht könne dem Angeklagten nicht widerlegen, daß für diese Tanne ein Preis von 18 M. ein angemessener gewesen sei. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen; die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Eine Schadenersatzklage des Händlers gegen die Polizei dürfte nach den höchstgerichtlichen Entscheidungen in ähnlichen Fällen für den Händler günstig ausfallen.

Aus aller Welt.

Parlamentarier's Kleiderorgen.

Seit dem Wiederzusammentritt des babilischen Landtages erzählt man sich in den Abgeordnetenkreisen eine lustige Legende. Unter den Parlamentariern der Zweiten Badischen Kammer, die als Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen beurlaubt und deshalb ihre Uniform im Ständehause tragen, ist einer der jüngeren Abgeordneten, der als Soldat es noch zu keinem Range oder Orden gebracht hat. Er richtete an die Militärbehörde die Bitte, ihm das Tragen der Zivilkleidung zu gestatten. Das Gesuch wurde abgelehnt, aber wiederholt mit der Begründung, daß der Abgeordnete, der nun auch den Vorsitz in einer parlamentarischen Kommission einzunehmen habe, im Umgang mit den militärischen Vorgesetzten der Kollegenchaft sich einen gewissen militärischen Zwang aufzuerlegen habe. Wie dem nun sei, eines Tages erwiderte auch der Abgeordnete in einem Privatgespräch, den er bis zum Schluß der Session trug. Die Militärbehörde wird wohl nachgegeben haben in ganz besonderer Erwägung des Umstandes, daß der Kammerdiener des Plenums in der feidgrauen Unteroffiziersuniform dem Herrn Abgeordneten im Dienst range übergeordnet war.

Uebri gens ist bei der Schließung des babilischen Landtages die bisher übliche Vorschrift, daß dabei die Abgeordneten im Frack und weißer Binden zu erscheinen haben, fallen gelassen worden. Gewünscht wurde nur noch, daß Leberrod oder feidgraue Uniform gemäht werden.

Schweres Eisenbahnunglück in Rußland. Ein folgenschwerer Eisenbahnunfall ereignete sich auf der Eisenbahnlinie Moskau — Rybinsk. In der Nähe von Windawa stießen zwei in voller Fahrt befindliche Schnellzüge zusammen. Sechzehn Personen wurden getötet, darunter das ganze

Zugpersonal, fünzig Personen verletzt, einige Personen werden vermißt. Die Opfer des Eisenbahnunglückes gehören sämtlich dem Militär an. Unter den Getöteten befindet sich der bekannte Organisator im russischen Munitionswesen, Generalmajor Dymhja. Der Zugverkehr wurde 48 Stunden unterbrochen. Beide Züge wurden vollständig zertrümmert und gerieten teilweise in Brand.

Hoher Schnee in den Alpen. Der „Tägl. Rundschau“ wird mitgeteilt: Der Gotthardpaß, der St. Bernhard- und Bernina-Paß melden die größten Schneehöhen seit Jahren. Am Gotthard übersteigt die Schneedecke fünf Meter, davon zwei Meter Neuschnee. Im Tessin verkehren unausgeseht Schneepflüge und Schneeschleudermaschinen. Infolge plötzlicher Schneeeinbrüche besteht bedenkliche Hochwassergefahr. Am Simplon verschüttete eine Lawine fünf Soldaten.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 406 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Gouvernement Königsberg i. Pr.
Infanterie usw.: Garde 2. 4. und 5. Garde-Regiment 3. B.; Garde-Reserve-Jäger-Bataillon. Grenadier-, Infanterie- oder Püßler-Regimenter Nr. 16, 17, 18, 20 (f. Feldfliegertruppe), 23, 22 bis einschl. 35, 37, 40, 42, 45, 46, 51, 53 (f. Landst.-Inf.-Regt. Nr. 8), 55, 57, 59, 61, 65, 84, 85 (f. auch Pfl.-Regt. Nr. 35), 88, 88 bis einschl. 97, 109, 113, 118, 196, 148, 149 (f. Inf.-Regt. Nr. 151), 151, 157, 158, 160 bis einschl. 171, 173 bis einschl. 176, 184, 186, 188, 189, 190, 193, 248. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 15, 17, 18, 21, 22, 24, 35, 38, 39, 40, 46, 48, 51, 61, 65, 66, 80 bis einschl. 84, 86, 87, 90 bis einschl. 96, 116, 201, 204, 206 bis einschl. 208, 232, 253, 256, 257, 259, 260, 265, 266. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 15, 17, 21, 31, 33, 34, 38, 39, 51, 57, 60, 61, 62, 83, 84, 100, 116. Landsturm-Infanterie-Regimenter Nr. 3, 8, 100. Ueberplanmäßiges Landwehr-Infanterie-Bataillon Nr. 5 des 4. Armeekorps (f. Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 17). Landsturm-Inf.-Bataillone: 2. Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 100). Landsturm-Inf.-Bataillone: 1. Weidwig, Goldap, Königs, 3. Rauban, 1. Bögen, 1. Reht, 2. Reht (f. Landst.-Inf.-Regt. Nr. 100), 2. Stolp, 2. Wahn, 1. Wefel, Wiesbaden. Landsturm-Inf.-Ersatz-Bataillone: Cottbus, Oberwalde, 2. des 15. Armeekorps (Straßburg i. E.), 26. des 7. Armeekorps (Weiß). Landsturm-Infanterie-Ausbildungs-Bataillon Nr. 1. Glöblich, Ersatz-Depot des 40. Reservekorps. Rekruten-Depot der 117. Infanterie-Division. Jäger-Bataillone Nr. 5, 7, 11; Reserve-Bataillon Nr. 5. Feld-Nachschicht-Jäger Nr. 164 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 116) und Nr. 278 (f. Jäger-Batf. Nr. 3).

Kavallerie: Regiment der Garde du Corps; 1. Garde-Mann; 1. Landwehr-Abteilung des Gardekorps. Artillerie Nr. 5; Schwere Reserve-Reiter Nr. 2. Dragoner Nr. 7 und 13. Husaren Nr. 1 und 4; Reserve-Husaren Nr. 9. Mannen Nr. 1, 3, 12, 16. Jäger zu Pferde Nr. 7, 8, 11.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 4, 6, 9, 22, 24, 43, 52, 54, 62, 79, 112; Reserve-Regimenter Nr. 15, 30, 44, 51; Landwehr-Regiment Nr. 8. 2. Landwehr-Batterie des 11. Armeekorps.

Fußartillerie: 1. Garde-Regiment, Regiment Nr. 4; Reserve-Regiment Nr. 9. Fußartillerie-Batterie Nr. 407.

Pioniere: Regimenter Nr. 18 und 23. Bataillone: I. Nr. 1, 1. Nr. 7, 1. Nr. 11, 1. Nr. 16, 1. Nr. 21. Kompagnie Nr. 109; 2. Landwehr-Kompagnie des 6. und 1. des 14. Armeekorps. Pionier-Abteilung der 4. Kavallerie-Division. Minenwerfer-Kompagnie Nr. 211; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 195.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahn-Maschinenamt Charleroi. Reserve-Fernsprech-Abteilung Nr. 8. Schwere Funkstation Nr. 3. Starstrom-Abteilung des 16. Armeekorps. Feldfliegertruppe. Jmmobilien-Kraftwagendepot Nr. 5.

Train: Train-Abteilung Nr. 6. Pferdesammelfelle Nr. 1 der 8. Armee. Korpskücherei des 14. Armeekorps.

Munitionskolonnen: Reserve- (F) Art.-Munitionskolonnen Nr. 62. Reserve-Lazarett Bad Lob. Artillerie-Bataillone Nr. 28, 65, 78, 88, 102.

Die Veröffentlichung der bayerischen Verlustliste Nr. 252, deren Inhalt schon mitgeteilt wurde, wird fortgesetzt.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 12. Wenden Sie sich an das Österreichisch-ungarische Konsulat. — **Nr. 14.** Erlauben Sie sich bei dem früheren Arbeitgeber danach, bei welcher Berufskategorie der Betrieb vorliegt ist. — **Witze.** Es handelt sich jedenfalls um ausländisches Schmalz, für das dieser Preis gefordert werden kann. — **Waffenamt 688.** Der Antritt würde sehr, wo Sie zum Seeresdienst eingezogen sind, Schwierigkeiten machen. Wir würden Ihnen empfehlen, ihn auf spätere Zeit zu verschieben. — **Nr. 48.** Beim Bezirkskommando I. — **Nr. 41.** Sie haben noch keinen Anspruch auf die Leistungen der Invalidenversicherung. Die Versicherungsunterstützung wird in diesem Falle nicht weitergeleitet. — **Nr. 20.** Das Krankengeld kann auf den Lohn angerechnet werden. — **Nr. 21.** Die Unterstützung wird nur im Falle der Bedürftigkeit gewährt. Neben der staatlichen wird dann auch die kommunale Unterstützung gewährt. — **Nr. 22.** Da die Mitgliedschaft nicht fortgesetzt ist, haben Sie keinen Anspruch auf Erbezug. — **Nr. 23.** 1. Zehn Wochen, 2. Na. — **Nr. 96.** 1. Sie müssen bei der Berufsgenossenschaft um die Erstellung eines Rentenbescheides ersuchen. 2. Der Anspruch auf Rentenrente besteht leider in diesem Falle nicht, weil die Arbeitslosigkeit dadurch, daß über zwei Jahre Wachen nicht geleistet wurden, verlorengegangen ist. — **Nr. 18.** Die Rente beträgt nur 53 Pf. für den gemeinen mobilen Soldaten. — **Nr. 2.** Da nach Ihrer Darstellung den Handwert ein Verdienst für den Unfall trifft, muß er für den Schaden halten. — **Seine 2384.** Der Antrag ist an das Ersatzbataillon des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 1 in Ansbach zu richten. — **Nr. 2.** 1. Sie müssen noch bis zum 31. Dezember 1916 Kirchensteuer zahlen. 2. Das Einkommen beträgt bis zu 20 M. im Monat. Bei Fortzug nach einem Vorort könnte ein geringerer Satz in Betracht kommen. — **Nr. 3.** Rein. — **Nr. 77.** 1. Wenden Sie sich an den Kriegsausschuß für Heimarbeit, Berlin, Bubapeter Straße 1. 2. Das Testament ist rechtsgültig. — **Nr. 100.** Es wäre zu empfehlen, wenn irgend möglich die Beiträge zu zahlen, da Sie dadurch den Anspruch auf Erbezug aus der betreffenden Kasse aufrecht erhalten, das Ihnen als Erbe gezahlt werden muß. — **Nr. 1872.** Wenn der Mann nicht für ausreichenden Unterhalt der Familie sorgt, können Sie ihn durch Gerichtsbescheid dazu verpflichten lassen. — **Nr. 2.** Streikende, Kowas. 1. Reist aus dünnemgemalten Inn-Preis und Verkaufsgegenheit und nicht bekannt. 2. 315 Kilometer. 3. In der Luftlinie ungefähr 684, in der Wegung über Thorn 690 Kilometer. — **Nr. 207.** Eine Stadt gleichen Namens gibt es noch in der kanadischen Provinz Ontario. Einwohnerzahl etwas über 10000. Desgleichen in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, im Staate Wisconsin, Einwohnerzahl über 5000. — **Nr. 30.** Wenn Ihre Mutter in Berlin beheimatet ist, dann soll sie sich an die Stützungsdeputation des Magistrats wenden, Vohrer 10. — **Nr. 84.** Wenden Sie sich an das dortige Bureau des Nationalen Frauenbundes.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zeitweise aufklarend, jedoch vorherrschend wolkig oder neblig und im Westen geringe Niederschläge; Temperaturen durchschnittlich wenig verändert.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefer schnell und billig Paul
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 231.7303.

Wengels
sendet die herzlichsten Glückwünsche zum 60. Geburtstag
Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Swar sind die Hausbesitzer weder durch die Veröffentlichung der Allgemeinen Ortskrankenkasse noch durch unseren Artikel angegriffen worden. Aber wir haben von ihrer Drohschüre Kenntnis genommen und müssen sagen: Der Vorstand des Grundbesitzervereins Frankfurtortbezirk ist sehr naiv, wenn er annimmt, durch ein paar wenig sachliche Verurteilungen und Annahme einer Protestresolution könnten die Ergebnisse einer mühevollen, streng sachlich durchgeführten Arbeit — das ist die Wohnungsuntersuchung der Allgemeinen Ortskrankenkasse — ihres Wertes enteignet werden. Die von der Allgemeinen Ortskrankenkasse veröffentlichten Zahlen und Tatsachen können natürlich nicht als unzutreffend hingestellt werden. Die Art der Darstellung ist es, die den Hausbesitzern so sehr mißfällt. Mit anderen Worten: die ganze Richtung paßt ihnen nicht.

Welcher Art ist denn die Darstellung des statistischen Materials der Allgemeinen Ortskrankenkasse? Durch trockene Zahlen und nackte Tatsachen wird gezeigt, wie die Wohnungen beschaffen sind, welche die Krankenbesucher bei Ausübung ihrer Tätigkeit gefehen haben. Daneben werden die Forderungen angeführt, welche namhafte Autoritäten auf dem Gebiet der Hygiene im Interesse der Volksgesundheit an die Wohnungsbesitzer stellen. Hieraus ergibt sich für den Unbefangenen Leser der Statistik, daß ein erheblicher Teil der Wohnungen in Berliner Mietshäusern selbst den bescheidensten Anforderungen der Hygiene nicht entspricht und daß ein anderer Teil der Wohnungen an sich zwar einwandfrei ist, aber dadurch zu Bedenken Veranlassung gibt, daß diese Wohnungen von zu vielen Personen bewohnt werden. Viele Familien der minderbemittelten Bevölkerung wohnen also unter Verhältnissen, die gesundheitsgefährdend wirken können und unter Einzutreten anderer Umstände gesundheitsgefährdend wirken müssen. Daß mancherlei Mißstände im Berliner Wohnungswesen herrschen, hat weder der Bearbeiter der Statistik noch unser Artikel den einzelnen Hausbesitzern zum Vorwurf gemacht. Handelt es sich doch um Mißstände, die durch die Bodenpekulation verfauldet sind und die dadurch bedingte ungesunde großstädtische Bauweise: das System der Mietskasernen. — In diesem Sinne spricht die Veröffentlichung der Allgemeinen Ortskrankenkasse allerdings gegen das herrschende Wohnungssystem und für eine von gesunden sozialen Gesichtspunkten getragene Wohnungsreform, aber sie enthält nicht — wie der Vortragende Dr. Goldstein sagt — Material zur Agitation gegen die Hausbesitzer.

Ein unerklärlicher Irrtum des Vortragenden ist es auch, wenn er in der Veröffentlichung der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Erklärung gelesen haben will: „... wir sind der Ueberzeugung, daß die Gesundheit der Menschen von ihrer Wohnung abhängt.“ — Solch ein Unfuss steht natürlich nicht in der erwähnten Veröffentlichung. Sie sagt nur, daß die Beschaffenheit der Wohnung in hohem Grade auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung einwirkt. Aber auch diese Selbstverständlichkeit scheint Dr. Goldstein bestreiten zu wollen. Sagt er doch, da die Allgemeine Ortskrankenkasse nur 4 Prozent aller Berliner Wohnungen untersucht habe, könne sie sich kein Urteil erlauben über den Einfluß der Wohnung auf die Gesundheit der Bevölkerung. — Umgekehrt könnte man schließen: Wenn sich schon unter einem kleinen Teil der Wohnungen so viele finden, die den Anforderungen der Hygieniker nicht entsprechen, dann muß das Gesamtbild noch viel düsterer sein, als es die Veröffentlichung der Allgemeinen Ortskrankenkasse läßt. — Wenn die Hausbesitzer Sturm laufen gegen die Aufdeckung von Mißständen im Wohnungswesen, so kann man das von ihrem Interessenstandpunkt aus verstehen. Wenn aber ein Arzt an demselben Stränge zieht, dann muß man doch den Kopf darüber schütteln.

Zuschneidemaschinen mit Handbetrieb dürfen benutzt werden.

Durch eine Verfügung des Oberkommandos vom 1. Februar ist der Gebrauch von Zuschneidemaschinen mit Kraftantrieb im Bekleidungs-gewerbe verboten. Zweifel herrschen in beteiligten Kreisen darüber, ob es zulässig ist, daß eine elektrisch betriebene Zuschneidemaschine, nachdem die elektrische Kraft ausgeschaltet ist, mit der Hand in Betrieb gesetzt werden darf. Diese Frage spielte eine wesentliche Rolle in einem Prozeß, der gestern von der Kammer I des Gewerbegerichts entschieden wurde.

Ein bei der Firma Heymann u. Co. beschäftigt gewesener Hausdiener erhielt den Auftrag, eine vorher elektrisch betriebene Zuschneidemaschine mit der Hand in Bewegung zu setzen. Der Hausdiener verweigerte diese Arbeit. Er wurde entlassen und klagte auf Lohnzahlung für die Kündigungszeit. Seine Arbeitsverweigerung begründete er damit, daß die für elektrischen Betrieb eingerichtete Maschine auch mit der Hand nicht angetrieben werden dürfe. Er würde sich strafbar gemacht haben, wenn er die Maschine in Bewegung gesetzt hätte. Seine Arbeitsverweigerung sei deshalb berechtigt gewesen. — Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt: Wenn die Auffassung des Klägers zutreffend, dann habe die Beklagte keinen Grund gehabt, den Kläger ohne Kündigung zu entlassen. Um die Streitfrage klarzustellen, hat das Gericht eine amtliche Auskunft vom Oberkommando eingeholt. Die Auskunft besagt, das Verbot des Oberkommandos erstreckt sich nur auf Zuschneidemaschinen mit Kraftbetrieb. Zuschneidemaschinen mit Fuß- oder Handbetrieb unterliegen dem Verbot nicht.

Hierauf war die Kündigung ohne Entlassung des Klägers berechtigt, er zog deshalb die Klage zurück.

Wie ein Besucher bemerkt, ist einem ihm bekannten Geschäftsinhaber die Zuschneidemaschine nach Bekanntgabe der Verordnung des Oberkommandos durch die Polizei versiegelt worden, so daß sie auch nicht mit der Hand betrieben werden kann. — Es wird erwartet, daß durch die vorstehende Auskunft des Oberkommandos alle Zweifel beseitigt sind und die Verordnung einheitlich ausgeführt werden wird.

Herrenloses Geld.

In einem Prozeß vor der Kammer 7 des Gewerbegerichts stritten die Parteien darüber, welche von ihnen Anspruch hat auf den Betrag von 49 M., dessen rechtmäßiger Eigentümer nicht zu ermitteln ist. Der Fall liegt so:

Ein Schaffner der Berliner Paletfabrikgesellschaft hatte größere Summen für Nachnahmeforderungen einzulassen. Bei der Abrechnung stellte sich heraus, daß der Schaffner einen Ueberchuß von 49 M. hatte. Wie derselbe entstanden ist, ließ sich nicht feststellen. Die Firma nahm den Ueberchußbetrag in ihre Kasse, während der Schaffner das Geld für sich beanspruchte und diesen Anspruch beim Gewerbegericht geltend machte. Der Vertreter der Beklagten gab auf Befragen an, daß Schaffner, die bei der Abrechnung Fehlbeträge haben, der Firma den Fehlbetrag ersetzen müssen. — Dem Kläger ist auch einmal ein Fehlbetrag von 25 M. ratenweise vom Lohn abgezogen worden. Er meint nun, wenn sich die Firma die Fehlbeträge ersetzen lasse, dann könne sie auch in Fällen, wo sich Ueberchuße ergeben, keinen Anspruch auf diese erheben. — Wie der Vertreter der Beklagten angab, werden derartige Beträge der Schadenersatzkasse der Firma zugeführt. Im vorliegenden Falle wolle die Firma noch abwarten, ob sich der rechtmäßige Eigentümer des Geldes ermitteln lasse. — Der Kläger berief sich noch darauf, daß ihm der Fahrmeister gefaßt habe, nach Ablauf eines Jahres gehöre ihm, dem Kläger das Geld, wenn der rechtmäßige Eigentümer bis dahin nicht ermittelt sei. Das Jahr war bereits Mitte Dezember abgelaufen. — Die Verhandlung wurde vertagt. Im nächsten Termin soll der Fahrmeister als Zeuge vernommen werden.